

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Jürgen Gebhardt

Amerikanismus – Politische Kultur
und Zivilreligion in den USA

Barbara A. Fliess

Zur Weltwirtschaftsstellung der USA

Charles Weston

Die USA und der politische Wandel
in Europa

B 49/90

30. November 1990

Jürgen Gebhardt, Dr. phil., geb. 1934; Studium der Politischen Wissenschaft, Geschichte und Germanistik in München, Berlin und Wien; Habilitation 1969; Ordinarius für Politische Wissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg.

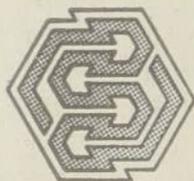
Veröffentlichungen u. a.: Politik und Eschatologie, München 1963; (Hrsg.) Die Revolution des Geistes, München 1968; (Hrsg.) James Harrington. Politische Schriften, München 1973; Die Krise des Amerikanismus, Stuttgart 1976; Aufsätze zur politischen Ideengeschichte und vergleichenden Politik.

Barbara A. Fliess, M. A., geb. 1956; Studium der Internationalen Beziehungen der School of Advanced International Studies der Johns Hopkins University, Washington; seit 1989 Gast-Dozentin für Handels- und Wirtschaftspolitik an der School of Advanced International Studies.

Veröffentlichungen zu US- und internationalen Wirtschaftsfragen.

Charles Weston, Dr. phil., geb. 1951 in San José, Kalifornien; Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Kommunikationswissenschaften an der American University, Washington, D. C., der University of Colorado, Boulder, sowie an den Universitäten Regensburg und München; seit 1987 wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Politikwissenschaft der Universität Passau.

Veröffentlichungen u. a.: Die erzwungene „Partnerschaft“. Möglichkeiten und Grenzen strategischer Rüstungskontrolle am Beispiel des SALT-Prozesses von Johnson bis Reagan, München 1987; zahlreiche Beiträge in Fachzeitschriften.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 186, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Die beiden Bände des Jahrgangs 1989 sind nur noch begrenzt vorrätig und können zum Preis von DM 25,— (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten bestellt werden.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Amerikanismus — Politische Kultur und Zivilreligion in den USA

I.

„Die amerikanische Politik überrascht auch den aufmerksamsten einheimischen Beobachter stets aufs neue“, stellt Byron Shafer jüngst fest. Für den ausländischen Beobachter jedoch, so ergänzt er, sei die amerikanische Politik fast unergründlich. „Gibt es etwas an der amerikanischen Politik, das spezifisch, sogar einzigartig in der Welt ist? Etwas, das darauf hindeutet, daß diese Politik nur in Gestalt der eigentümlichen Charakteristika der politischen Ordnung insgesamt, innerhalb deren sie auftritt, verstanden werden kann? Etwas, das den überkommenen Begriff für eine solche nahezu unübertragbare Eigentümlichkeit rechtfertigt, etwas ‚Außergewöhnliches‘ (exceptional)?“ In der Tat behauptet Shafer, daß das institutionelle Arrangement des politischen Systems und die Organisationsstruktur des politischen Prozesses im Verein mit dem die politischen Einstellungen fundierenden Wertkomplex insgesamt ein politisches Leben hervorbringen, welches jedes Mal wieder den Rest der Welt in

Erstaunen versetze und zu Recht als „American political exceptionalism“ bezeichnet werden könne¹⁾. Dieser schwer übersetzbare Ausdruck führt uns unmittelbar in das Zentrum des gesellschaftlichen Selbstverständnisses der USA. Die Idee eines „Amerikanischen Exzeptionalismus“ bezieht sich in der Selbstdeutung der USA nicht nur auf die spezifischen Elemente, welche jedem individuellen politischen System zukommen. Vielmehr verbindet sich hiermit der Gedanke von der geschichtlichen Einmaligkeit der historischen Existenz als Nation aufgrund der Ordnungsprinzipien, die diese verkörpert und praktiziert. So schwingt letztlich im Begriff des Exzeptionalismus die Vorstellung von einer übergeschichtlichen Wahrheit mit, deren Verwirklichung der amerikanischen Nation aufgetragen ist. Hier berühren wir bereits die durch den alltäglichen politischen Betrieb des „Machtspiels“ vielfach verdeckten religiösen Wurzeln der politisch-kulturellen Identität der USA.

II.

Wer die eigentümlichen Strukturmerkmale der für die soziopolitische Verfassung und ihre Institutionen konstitutive politische Kultur der USA einer näheren Betrachtung unterziehen möchte, geht nie fehl, wenn er mit einer Erinnerung an den ersten und bis zum heutigen Tag in vieler Hinsicht unübertroffenen Interpreten der Demokratie in Amerika beginnt. „Keine Gesellschaft“, so erläutert Alexis de Tocqueville die Grundprämisse seiner Erforschung der amerikanischen Gesellschaft, könne ohne gemeinschaftliche Glaubenslehren gedeihen, „oder vielmehr es gibt keine solche; denn ohne gemeinsame Vorstellungen gibt es kein gemeinsames Tun, und ohne gemeinsames Tun gibt es zwar Menschen, aber keinen Gesellschaftskörper. Damit sich eine Gesellschaft bilde, und erst recht damit diese Gesellschaft gedeihe, müssen die Bürger immer durch einige Grundideen zusammengeführt

und zusammengehalten werden.“²⁾ Voraussetzung hierfür aber ist nach Tocqueville, daß auch oder gerade unter den Bedingungen einer demokratischen Gesellschaft der einzelne seine Meinungen aus einer gemeinsamen Quelle schöpft und bereit ist, in gewissen Angelegenheiten präformierte Wahrheiten zu akzeptieren. Dieses Fundamentalprinzip des gesellschaftlichen Zusammenlebens verweist auf den für jede soziopolitische Ordnung unabdingbaren sinnstiftenden Komplex von Ideen, Glaubenshaltungen, Gefühlen, Einstellungen und Verhaltensweisen, welcher dem politischen Leben erst seine latente Kohärenz liefert. Das Gemeinschaftsbewußtsein und die diesem unterliegende Erfahrungswelt manifestieren sich in den öffentlichen Symbolmustern der herrschenden Selbstinterpretation; sie erst ermöglichen den sinnhaften Aufbau der sozialen Welt. Dem Zusammenspiel von

¹⁾ B. E. Shafer, *Exceptionalism in American Politics?*, in: *Political Science and Politics*, XXII (1989) 3, S. 588.

²⁾ A. de Tocqueville, *Über die Demokratie in Amerika*, München 1984², S. 492.

sozialer Lebensform und gesellschaftlicher Symbolik entspringt die gemeinsame Welt des Öffentlichen, welche die Vielzahl der individuellen Psychen über die wechselseitig eingegangenen Sozialbeziehungen hinaus in das identitätsverbürgende Ganze des politischen Lebens einbindet.

In der politischen Kultur drücken sich die Identifikation mit der übergreifenden soziopolitischen Ordnung und ihren Symbolen sowie die Identifikation der Individuen untereinander als Glieder eines „sinnhaften Ganzen“ aus. Deswegen läßt sich der Begriff der politischen Kultur nicht auf spezifische subjektive politische, d. h. auf informelle und formelle Machtprozesse bezogene Orientierungen beschränken, wie dies in der politischen Kulturforschung ursprünglich geschehen ist. Denn diese psychische Dimension der politischen Welt ist ein integraler Bestandteil der psychisch-sozialen Verfassung der Gesellschaft insgesamt. Das in der politischen Kultur wirksame mentale Formengefüge durchdringt als formgebendes Prinzip in gleicher Weise Produktionsverhältnisse, Sozialorganisation sowie Macht- und Herrschaftsbeziehungen. Die politische Kultur in diesem Sinn verstanden erwächst aus dem für jede Gesellschaft konstitutiven Selbstverständnis ihrer Ordnung. Deren zentrale verbale und nichtverbale Symbole setzen auch in der ausdifferenzierten modernen Gesellschaft die entscheidenden Kristallisationspunkte der Gemeinsamkeit im soziokulturellen Gefüge insgesamt, insofern sie die gesellschaftliche Erfahrung von Ordnung auf deren legitimierende Leitidee hin auslegen. Der hier skizzierte Sachverhalt führte schon Tocqueville dazu, den „ganzen sittlichen und geistigen Zustand“ des Volkes als eine der allgemeinen und großen Ursachen für die Erhaltung des demokratischen Staatswesens in den USA auszumachen und in dem wechselseitigen Bezug von gesellschaftlichen Sitten und der Leitidee der *Republik* den eigentlichen Charakter der amerikanischen Demokratie zu sehen. Für Tocqueville besteht diese Leitidee in einem quasi-anthropologischen Prinzip, „das der bürgerlichen und politischen Gesellschaft zugrunde liegt“. „Die Vorsehung hat jedem Menschen, wer immer er sei, das nötige Maß von Vernunft gegeben, das er zur selbständigen Führung der ihn allein angehenden Dinge braucht.“ Diesen Leitsatz wendet der „Familienvater . . . auf seine Kinder, der Herr auf seine Diener, die Gemeinde auf die Gemeindeangelegenheiten, die Provinz auf die Gemeinden, der Staat auf die Provinzen, die Union auf die Staaten“ an. Auf das Ganze der Nation ausgedehnt wird dieser Leitsatz zum Dogma der Volkssouveränität. Folgerichtig ist der Grundsatz, „dem die Republik entspringt, der gleiche wie der, welcher die meisten menschlichen Handlungen regelt.

Die Republik dringt also . . . in die Vorstellungen, die Meinungen und alle Gewohnheiten der Amerikaner zur gleichen Zeit ein, in der sie sich in ihren Gesetzen verankert.“ So umschreibt der Begriff der Republik die ruhige und selbstgewisse Herrschaft der Mehrheit und bestimmt diese als „Quelle der Macht“. Aber sie ist nicht allmächtig, denn die Herrschaftsform ist eingebunden in einen übergreifenden ethisch-politischen Ordnungsentwurf: Über der Mehrheit steht „im sittlichen Bereich die Menschlichkeit, die Gerechtigkeit und die Vernunft; im politischen Bereich das erworbene Recht“.

Wie einst im Frankreich Ludwigs XIV. der monarchische Grundsatz unangetastet und fraglos herrschte, so „besteht in Amerika die Republik ohne Kampf, ohne Gegnerschaft, ohne Beweis, dank einem schweigenden Übereinkommen, einer Art consensus universalis“³⁾. Und er fügt hinzu: Der Untergang der republikanischen Grundsätze würde nichts anderes bedeuten, als daß ein gänzlich neues Volk an die Stelle des bisherigen getreten sei.

Gewiß ist Tocquevilles Untersuchung von 1835 nicht das letzte Wort über die USA, sie erweist sich jedoch in mehrfacher Hinsicht nach wie vor als unverzichtbarer Beitrag zur Erforschung der politischen Kultur der USA. Tocqueville hat damit den Nachweis geliefert, daß die normative Funktion der in der gesellschaftlichen Selbstdeutung wirksamen republikanischen Personen- und Gemeinschaftsideen die Grundvoraussetzung der gesellschaftlichen Existenz dieser neuen modernen demokratischen Gesellschaft schlechthin bildet. Er lehrt uns, daß hinter der vielgestaltigen fragmentarisierten und in sich widersprüchlichen sozialen Welt der USA ein erstaunlich stabiles, wenngleich sich wandelndes und durch mannigfache geschichtliche Traditionen angereichertes Paradigma einer republikanischen Lebensordnung steht und der amerikanischen Gesellschaft ihre unverwechselbare geschichtliche „Gestalt“ gibt, die eben diese Gesellschaft sich selbst als einmalig begreifen läßt.

Die Sicht Tocquevilles wurde seither stets aufs neue durch das Urteil amerikanischer und nichtamerikanischer Beobachter bestätigt. Dies gilt zuallererst und ganz besonders für die prägende Kraft des republikanischen Ordnungsparadigmas, welche die in der politischen Kultur beschlossene kollektive Identität über alle gesellschaftlichen Umbrüche hinweg verbürgen und über schwerste gesamtgesellschaftliche Krisen hinweg retten konnte. Als ein Beleg mag der Fall der Revolution angeführt wer-

³⁾ Ebd., S. 459–462.

den, die nicht stattfand, wie James C. Davies es in einer revolutionstheoretischen Betrachtung der amerikanischen Krise in den Jahren von 1929 bis 1932 nannte. So sehr die sozioökonomischen Indikatoren für eine gleichsam „objektive“ revolutionäre Situation sprachen, es kam weder zu einer „rechten“ noch gar zu einer „linken“ Revolutionierung der bestehenden soziopolitischen Ordnung – wenngleich die eine oder andere gesellschaftliche Gruppierung Hoffnungen in diese oder jene Richtung hegte. „Die große Mehrheit der Öffentlichkeit hing einem Wertkomplex an, welcher seit 1776 offizielles Dogma war, und nicht dem regimekritischen Programm einer entfremdeten Intelligenz.“ Ungeachtet der individuellen ökonomischen Lage war man sich einig im Glauben an harte Arbeit, Selbstständigkeit und deren Erfolgsverheißungen. „Die ökonomischen und intellektuellen Eliten blieben nicht nur den egalitären Werten und dem etablierten Wirtschaftssystem verpflichtet, sondern auch dem verfassungskonformen Verfahren“, und „die politische Führung, die sich herausbildete, hatte den Konstitutionalismus gleichsam mit der Muttermilch eingesogen“⁴⁾.

Den eigentümlichen politisch-religiösen Charakter dieses stabilitätsgarantierenden Ideenkomplexes, welcher im Zentrum der amerikanischen Selbstinterpretation steht, hatte Gunnar Myrdal in seiner Analyse der amerikanischen Gesellschaft mit der seither gängigen Wortprägung „American Creed“ auszudrücken versucht: „Amerikaner jeder nationalen Herkunft, aller Klassen, aller Regionen, aller Glaubensrichtungen, jeder Hautfarbe haben etwas gemeinsam: ein soziales Ethos, ein politisches Credo.“ Dieses Amerikanische Credo sei „der Zement im Bau dieser großen und disparaten Nation“⁵⁾.

Die Geschichtsmächtigkeit dieses im *American Creed* gegebenen republikanischen Ordnungsparadigmas liegt für die politische Kulturforschung in den USA klar auf der Hand. Donald J. Devine konnte zeigen, daß die politische Kultur der USA durch einen Wertkonsens dominiert wird, der im Sinne des von Louis Hartz eingeführten Begriffs der „liberal tradition“ sich ungebrochen aus der politischen Ideenwelt der amerikanischen Gründungsväter (der Anklang an die römische *traditio maiorum* ist nicht zufällig!) speist. Für die konsensualen Grundzüge der politischen Kultur aus dem Geiste der liberalen Tradition macht Devine deren nahezu zwei Jahrhunderte überspannende Kontinuität ver-

antwortlich⁶⁾. Noch eine weitere amerikanische Stimme sei angeführt: Samuel P. Huntington erklärt den Ideenkomplex des Amerikanischen Credo als das für das Zusammenspiel von Konsens und Konflikt entscheidende Bewegungsmoment in der amerikanischen Politik. Denn im Unterschied zu anderen Nationalstaaten sind die politischen Ideen des Amerikanischen Credo die Basis der nationalen Identität. Ideologie und Nationalität sind derart miteinander verknüpft, daß das Verschwinden der ersteren auch das Ende der letzteren bedeuten würde. „Die Vereinigten Staaten nehmen so ihren Anfang mit einem bewußten politischen Akt, mit der Behauptung gewisser fundamentaler politischer Prinzipien und mit konstitutioneller Vereinbarungen, die auf diesen Prinzipien beruhen.“ Nur so kann man „von einem Korpus politischer Ideen sprechen, die einen Americanism umschreiben in einem Sinn, wie man niemals von Britishism oder Frenchism . . . sprechen kann.“ Und mit der Kennzeichnung, daß „Amerikanismus in diesem Sinne vergleichbar ist mit anderen Ideologien oder Religionen“⁷⁾ und der „Amerikanismus als ein Credo eine nationale Zivilreligion begründet“, nimmt Huntington einen seit den sechziger Jahren geläufigen Begriff auf⁸⁾. Peter Lösche bringt das Problem der amerikanischen Politik auf einen gemeinsamen Nenner. „Was hält diese vielfarbige und vielgestaltige Gesellschaft, zergliedert in zehntausende von Nachbarschaftsinseln, was hält den Staat, was die Nation überhaupt zusammen? Was verbindet die Amerikaner untereinander, so daß sie sich als Amerikaner gegenseitig erkennen und erfahren . . . ? Was also hält Amerika im Innersten – und auch äußerlich – zusammen?“ Und er antwortet: „Es ist die amerikanische Ideologie, die die 250 Millionen Einwohner der Vereinigten Staaten zu Amerikanern macht und die die amerikanische Nation begründet.“ Für diese gemeinschaftsstiftende Ideologie benützt auch Lösche den Begriff der Zivilreligion: „Dem amerikanischen Volk ist eine Art weltliche Religion (civil religion) gemeinsam, die auf bestimmten Glaubenssätzen, auf Ritualen und Symbolen beruht.“⁹⁾

Der Stellenwert des religiösen Momentes kann – vorbehaltlich einer weiteren Klärung – mit Sidney G. Mead wie folgt beschrieben werden: Die USA sind eine Nation „mit der Seele einer Kirche“. Deren „spirituelles Herzstück“ findet Mead in der

⁴⁾ J. C. Davies, *Toward a Theory of Revolution*, in: ders. (ed.), *When Men Revolt and Why*, New York 1971, S. 145.

⁵⁾ G. Myrdal, *An American Dilemma*, New York 1944, S. 3.

⁶⁾ Vgl. D. J. Devine, *The Political Culture of the United States*, Boston 1972, S. 58–65; vgl. L. Hartz, *The Liberal Tradition in America*, New York 1955.

⁷⁾ S. P. Huntington, *American Politics: The Promise of Disharmony*, Cambridge 1981, S. 23–25.

⁸⁾ Ebd., S. 159.

⁹⁾ P. Lösche, *Amerika in Perspektive*, Darmstadt 1989, S. 271.

„Konzeption eines universalen Prinzips, von welchem angenommen wird, daß es die nationalen und religiösen Besonderheiten all jener transzendiert und einschließt, welche aus aller Welt kamen, um ‚amerikanisiert‘ zu werden“¹⁰⁾. Das dieser Konzeption einer „theonomen Religion der Republik“ unterliegende universale Prinzip bewirkt nach Mead, daß die Ideale und Aspirationen dieser Religion „stets zu Gericht sitzen über die flüchtigen Narreteien der Leute und sie an die Norm erinnern, nach welcher ihre laufenden Handlungen und jene der Nation jeweils beurteilt und für mangelhaft befunden werden“¹¹⁾.

Halten wir das Resultat dieser ersten Annäherung an den Gegenstand unserer Überlegungen fest: Das republikanische Ordnungsparadigma, ob als Amerikanisches Credo, als liberale Tradition, Zivilreligion oder auch öffentliche Philosophie definiert, entfaltet eine umfassende Selbstdeutung der amerikanischen gesellschaftlichen Existenz, welche durch die Wortprägung *Amerikanismus* ausgedrückt wird. Diese artikuliert eine geschichtlich begründete politisch-kulturelle Gemeinschaftserfahrung und die hierin fundierte nationale Identität. Der Amerikanismus enthält zwar einen festen ideenpolitischen Kern, doch dessen geschichtlich-

soziale Erscheinungsformen sind außerordentlich vielfältig und vermögen im Verlauf des Zivilisationsprozesses den wechselnden gesellschaftlichen Erfahrungen auf höchst unterschiedliche Art und Weise Ausdruck geben. Wie schon die Rede vom republikanischen Ordnungsparadigma besagt, ist die für den Amerikanismus konstitutive Leitidee der gesellschaftlichen Ordnung *politisch*, d. h. auf die Prinzipien des soziopolitischen Zusammenlebens bezogen. Darauf beruht die offenkundige sozialintegrative Funktion. Aber diese Funktion gewinnt der Amerikanismus durch ein verpflichtendes, normatives Element der Letztbegründung der Ordnung: den Bezug auf einen allen Gesellschaftsgliedern gemeinsamen letzten Grund oder Ursprung der Ordnung, welcher individuelle Erfahrung überindividuell in einem die Gemeinsamkeit der gesellschaftlichen Erfahrungswirklichkeit sichernden Sinnhorizont fixiert. Insofern der Amerikanismus in der Gründung der amerikanischen Republik die Begründung für den Anspruch der USA auf Repräsentanz einer übergeschichtlichen Wahrheit ihrer Ordnung findet, verdankt er seine normative Funktion einer *religiösen* Fundierung, ohne jedoch seinen durchgängig soziopolitischen Charakter zu verlieren und zur Gänze im Religiösen aufzugehen.

III.

Der Amerikanismus in seiner heutigen Gestalt hat ein geschichtliches Traditionsfundament, das im Zusammenspiel von geistig-kultureller Form und soziopolitischem Prozeß derart transformiert wurde, daß er – in gewissen Grenzen – auch in der Gegenwart noch den Herausforderungen einer hoch-industrialisierten Weltmacht weitgehend genügt. Diese über jeden sozialen Strukturwandel hinweg bewahrte ideelle Kontinuität der amerikanischen Selbstdeutung verdankt sich der zivilreligiösen Letztbegründung der amerikanischen Existenz.

In einer Untersuchung der Inauguraladressen der amerikanischen Präsidenten von Washington bis Carter zeigt Dante Germino, daß alle Präsidenten – ungeachtet ihrer ganz unterschiedlichen Persönlichkeit oder auch der sich wandelnden Position des Amtes im Gefüge des Regierungssystems – die zentrale Idee des Amerikanismus der jeweiligen geschichtlichen Lage entsprechend autoritativ arti-

kulieren¹²⁾. Unübertroffen war darin Abraham Lincoln, in dessen Rhetorik die Vollendung der amerikanischen Nationwerdung ihren definitiven symbolischen Ausdruck fand. Die Schlußsätze der Gettysburg Address von 1863 formulieren, in der für Lincoln charakteristischen biblisch inspirierten Sprache, auf unnachahmliche Weise die religiös-politische Leitidee des republikanischen Paradigmas: Angesichts der Gefallenen des Bürgerkrieges ruft Lincoln die Lebenden auf, „that from these honored dead we take increased devotion to that cause for which they gave the last full measure of devotion – that we here highly resolve that these dead shall not have died in vain, that this nation under God, shall have a new birth of freedom – and that government of the people, by the people, for the people, shall not perish from the earth.“¹³⁾ In der Formel von der Regierung des Volkes durch das Volk für das Volk wird der Ordnungsgehalt der Demokratie unübertrefflich zusammengefaßt. Die

¹⁰⁾ S. G. Mead, *The Nation with the Soul of a Church*, in: *Church History*, XXXVI (1964), S. 273.

¹¹⁾ Ebd., S. 275.

¹²⁾ Vgl. D. Germino, *The Inaugural Addresses of the American Presidents: The Public Philosophy and Rhetoric*, Lanham 1984.

¹³⁾ A. Lincoln, *Collected Works*, ed. by R. P. Basler Vol. VII, New Brunswick 1953–1955, S. 23.

Formel selbst stammt aus der Einleitung zu einer Bibelübersetzung aus dem Umkreis John Wyclifs (ca. 1388).

Ging dieser, wie auch andere Texte Lincolns, in die öffentliche Symbolik der nationalen Selbstinterpretation ein, so wird man dies von den schmucklosen Reden des Präsidenten George Bush kaum erwarten können. Doch auch diese weisen auf den gleichsam selbstverständlichen Bezug einer Letztbegründung der „Wahrheit“ der amerikanischen Nation hin, die aufs engste mit ihrer Gründung verknüpft ist. Die ungebrochene zweihundertjährige Kontinuität der amerikanischen Existenz beschwört Bush in seiner Inauguralrede mit dem Hinweis, daß er nicht nur „Wort für Wort“ die Eidesformel Washingtons wiederholt habe, sondern auch hierbei seine Hand auf eben dieselbe Bibel gelegt habe wie seinerzeit Washington. Dem Eid folgt als Bushs „erster Akt als Präsident“ ein Gebet, das die präsidentielle Macht dem „himmlischen Vater“ unterstellt. In den folgenden Ausführungen konstatiert der Präsident das Ende des Totalitarismus und eine Weltbewegung hin zu politischer, geistiger und ökonomischer Freiheit – den Prinzipien der amerikanischen Nation. „Amerika heute ist eine stolze, freie Nation, anständig und zivilisiert, ein Ort, den wir nur lieben können. Wir wissen in unserem Herzen, nicht laut und stolz, aber als eine einfache Tatsache, daß dieses Land einen Sinn hat jenseits dessen, was wir sehen, und daß unsere Stärke eine Kraft für das Gute ist.“ Der in der Gründung gottgegebene Sinn der amerikanischen Nation ist die Wahrheit der menschlichen Existenz. Wo immer die amerikanische Politik diese ihr eigene Norm verfehlt hat, mahnt ein neuer Präsident sich und die Nation zur kollektiven Realisierung der die Gesellschaft verpflichtenden Ordnungsprinzipien, „des Sinnes jenseits dessen, was wir sehen“¹⁴⁾. Die hierin implizierte geschichtliche Sonderstellung der amerikanischen Nation ruft Bush in seiner Proklamation aus Anlaß des gesetzlichen Feiertags zum Gedenken an Martin Luther King seinen Landsleuten auf eine für den Amerikanismus spezifische Weise in Erinnerung: „Ebenso wie Präsident Lincoln wußte Martin Luther King, daß die Vereinigten Staaten kein großes freies Land bleiben konnten, wenn den Menschen ihre Rechte vorenthalten werden. Er wußte, daß die amerikanische Verheißung von Freiheit und Gerechtigkeit für alle Menschen im wunderbaren Plan unseres Schöpfers angelegt ist, und er wußte, daß diese Verheißung nicht durch Bigotterie und Diskriminierung entstellt werden darf.“ In Anspielung auf die berühmte Rede Kings zum Abschluß des Marsches auf Washington

am 23. August 1963 nimmt Bush dessen Kernsatz „I have a dream“ auf und sagt: „Heute erkennen wir, daß es kein Traum ist, sondern eine Vision war . . . Er hatte das ‚gelobte Land‘ gesehen und inspirierte uns, es gemeinsam zu erblicken.“¹⁵⁾ Kings Traum, von dem er damals sprach, war der amerikanische Traum von der Verheißung der Demokratie und Gerechtigkeit für „alle Kinder Gottes“ ungeachtet ihrer Rasse, ihres Glaubens oder ihrer Herkunft. „Ich habe einen Traum, daß eines Tages jedes Tal erhöht und jeder Berg und Hügel erniedrigt wird. Die rauhen Orte werden geglättet und die unebenen Orte begradigt werden. Und die Herrlichkeit des Herren wird offenbar werden, und alles Fleisch wird es sehen.“¹⁶⁾ „Ich habe das gelobte Land gesehen“, schließt er seine Rede wenige Stunden vor seinem Tod am 3. April 1968, „und ich werde vielleicht mit euch nicht dorthin gelangen. Aber ihr sollt wissen, daß wir als ein Volk in das gelobte Land eingehen werden.“¹⁷⁾ Kings Zuversicht gründete in seiner Überzeugung von der Übereinstimmung des „heiligen Erbes der Nation“ mit dem „ewigen Willen Gottes“, welche die Vision vom „gelobten Land“, in dem „die Wasser der Gerechtigkeit fließen“, bezeugt¹⁸⁾.

Dieser mythopoetische Stil erscheint dem deutschen Hörer fremd. Aus gutem Grund schreckt er vor jeglichem Pathos zurück, entbehrt doch die deutsche Öffentlichkeit nach wie vor der stilbildenden republikanischen Tradition einer politischen Rhetorik. Zudem erscheint ihm eine solche symbolische Evokation eines transzendenten Sinngehaltes so gar nicht zu der utilitaristischen Pragmatik des „American way of life“ zu passen. Das Gegenteil ist aber der Fall, wie aus den bisherigen Bemerkungen über die normative Funktion des Amerikanismus schon deutlich geworden sein sollte.

Die Relevanz Kings als Symbolfigur der Nation ergibt sich schon aus der erstaunlichen Tatsache, daß sein Geburtstag 1986 vom Congress und dem (republikanischen!) Präsidenten zum Federal Holiday ausgerufen wurde – ungeachtet des verbissenen Widerstandes konservativer Senatoren. Diese Ehre war bisher nur George Washington widerfahren. Auf eine für die Logik von Symbolisierungsprozessen in den USA bezeichnende Weise wurde der umstrittene und umkämpfte politische Führer einer

¹⁵⁾ G. Bush, Proclamation 6088 – Martin Luther King jr., Federal Holiday Proclamation vom 19. Januar 1990.

¹⁶⁾ M. L. King, Testament der Hoffnung, Gütersloh 1974, S. 124.

¹⁷⁾ Ders., A View from the Mountaintop, in: Newsweek vom 15. April 1968, S. 34–38.

¹⁸⁾ Vgl. J. D. Elder, Martin Luther King jr. and the American Civil Religion, in: Harvard Divinity School Bulletin 1–3, Spring 1968.

¹⁴⁾ G. Bush, Inauguration Address vom 20. Januar 1989.

Reformbewegung von Minderheiten zunehmend zu einer gesamtgesellschaftlich akzeptierten Symbolgestalt. Der mythisierte King transzendiert die gesellschaftlichen Widersprüche, ohne daß diese aufgehoben werden. Die Konservativen, die King einst als Unruhestifter und Extremisten verunglimpften, vereinnahmten ihn für das amerikanische geschichtliche Erbe. Man betont seine visionäre Kraft, seinen Opfertod für ein Amerika, das er durch seinen Kampf für Gerechtigkeit und Gleichberechtigung „auf immer zum Besseren“ verändert habe, wie es Präsident Bush formuliert¹⁹⁾. Für die Veteranen der Civil Rights-Bewegung, die Antikriegsgegner und die Afro-Amerikaner hingegen läßt das „gelobte Land“, das King schaute, noch auf sich warten, sein Märtyrertod ist ihnen vielmehr Ansporn zu verstärktem Einsatz für eine bessere Gesellschaft. Trotz solch unterschiedlicher Art und Weise der Mythisierung wächst King nach Naveh „in der Tat über seinen spezifischen historischen und sozialen Kontext hinaus, um ein bleibender nationaler Märtyrer-Held zu werden“. Hierbei spielen Kirchen und Schulen – die beiden wichtigsten normvermittelnden Institutionen in den USA – eine entscheidende Rolle. Kings Rede „I Have a Dream“ findet nunmehr „ihren Platz unter den anderen ‚heiligen‘ Dokumenten wie die Unabhängigkeitserklärung, die Verfassung und die Gettysburg Address“²⁰⁾.

So steht heute Martin Luther King jr. als der zweite große Märtyrer-Held nach Lincoln ebenso wie dieser für die jedermann verpflichtende Norm des im republikanischen Ordnungsparadigma verheißenen „guten Lebens“ für alle gegen einen in dieser Hinsicht defizitären Status quo. Diese Einstellung bewegt sich innerhalb des verbindlichen Sinnhorizontes des Amerikanismus: Nicht revolutionärer Umsturz der politischen Ordnung war Kings Botschaft, sondern eine moralische, politische und soziale Reform der Gesellschaft: „Eines Tages“, schrieb King 1963, „wird auch der Süden begreifen,

¹⁹⁾ Vgl. G. Bush, Remarks at a Signing Ceremony for the Martin Luther King jr. Federal Holiday Proclamation vom 9. Januar 1990.

²⁰⁾ E. J. Naveh, *Crown of Thorns*, New York 1990, S. 188 f.

daß diese enterbten Kinder Gottes, die sich am Lunchcounter niederließen, in Wirklichkeit eintraten für das, was das Beste ist am amerikanischen Traum, und für die heiligsten Werte unseres jüdisch-christlichen Erbes, und daß sie so die Nation zu den großartigen Quellen unserer Demokratie zurückführten – Quellen, welche unsere Gründungsväter in ihrer ganzen Tiefe erschlossen durch die Formulierung der Verfassung und der Unabhängigkeitserklärung.“²¹⁾ In Kings Idee der Reform erscheint das typisch amerikanische spirituelle Element einer ethisch-politischen Wiedergeburt und Erneuerung des bürgerlichen Ethos aus dem im Ordnungswissen der Väter konzipierten universalen Begriff der Humanität. Gesellschaftsreform ist solchermaßen ein sittliches Unternehmen, das in dem entscheidenden Moment einer moralischen Umkehr, dem „change of hearts“, sein handlungsleitendes Motiv hat: „Wir brauchen die Mückenstiche der gewaltfreien Aktionen“, sagte King, „um eine Spannung in der Gesellschaft zu erzeugen, die den Menschen hilft, aus den dunklen Tiefen des Vorurteils und Rassismus zu den majestätischen Höhen der Verständigung und der Brüderlichkeit emporzusteigen.“²²⁾

Dieses moralische Bewegungsmoment aller reformerischen Aktivität entspringt der vielfältigen Erfahrung von gesellschaftlicher Erniedrigung und Mißachtung der unantastbaren, weil letztlich transzendent begründeten Persönlichkeit des *homo americanus*. Insofern mit der im göttlichen Heilsplan angelegten Gründung der Republik erstmals in der Weltgeschichte eine der wahren Bestimmung des Menschen als Ebenbild Gottes und als Vernunftwesen angemessene politische Ordnung geschaffen wurde, fällt im amerikanischen Selbstverständnis die geschichtliche Gründung mit der metaphysischen Begründung der Ordnung zusammen. Diese Kongruenz von Ordnung und Gründung im amerikanischen Bewußtsein ist motivierendes Zentrum und Ausgangspunkt aller Legitimität in der amerikanischen Gesellschaft.

²¹⁾ M. L. King, Letter from Birmingham Jail, in: St. Lynd (ed.), *Non-Violence in America*, Indianapolis 1965, S. 481.

²²⁾ Ebd., S. 465.

IV.

Das Beispiel Kings, der Person und des Mythos, belegt, daß dieser Begründungszusammenhang für das Amerikanische Credo im gesellschaftlichen Bewußtsein nach wie vor ideenpolitisch wirksam ist. Zur Verdeutlichung sei aber noch einmal auf die eindrucksvolle Rhetorik Lincolns, des unbestritten größten Symbolisten amerikanischer Selbstdeutung, zurückgegriffen. Seine durch die Debatte um die Sklaverei inspirierte Interpretation des Sinngehaltes der Unabhängigkeitserklärung fusioniert den metaphysischen Universalismus mit dem politischen Nationalismus: „This was their [i. e. the fathers!] majestic interpretation of the economy of the universe. This was their lofty, and wise, and noble understanding of the justice of the Creator and His creatures. Yes, gentlemen, to all his creatures, to the whole great family of man. In their enlightened belief, nothing stamped with the Divine image and likeness was sent into the world to be trodden on, and degraded, and imbruted by his fellows. They grasped not only the whole race of man then living, but they reached forward and seized upon the farthest posterity. They erected a beacon to guide their children and their children's children, and the countless myriads who should inhabit the earth in other ages. Wise statesmen as they were, they knew the tendency of prosperity to breed tyrants, and so they established the great selfevident truths, that when in the distant future some man, some faction, some interest, should set up that none but rich men, or non but white men, were entitled to life, liberty and the pursuit of happiness, their posterity might look up again to the Declaration of Independence and take the courage to renew the battle which the fathers began — so that truth, and justice, and mercy, and all the humane and Christian virtues might not be extinguished from the land; so that no man would hereafter dare to limit and circumscribe the great principles on which the temple of liberty was built.“²³⁾ Folgerichtig bestimmt Lincoln das Ordnungsparadigma der Gründer als das „regulative Prinzip“ des amerikanischen Gesellschaftslebens. „They [the founders] meant to set up a standard maxim for free society, which should be familiar to all, and revered by all; constantly looked to, constantly laboured for, and even though never perfectly attained, constantly approximated, and thereby constantly spreading and opening its influence, and augmenting the happiness and value of life to all people of all colors everywhere.“²⁴⁾

Das ist der *Grund-Satz* des Amerikanischen Credo. Auf ihn beziehen sich — ausdrücklich oder stillschweigend — alle Diskurse der amerikanischen politischen Kultur. Doch dieser *Grund-Satz* wurde und wird je nach geschichtlicher Situation, gesellschaftlicher Problemlage und ideenpolitischem Standort in den pluralen Diskursen auf ganz unterschiedliche, oft in sich widersprüchliche Weise entfaltet. Diese prinzipielle Bewegungsfreiheit der sozialen Imagination, die Interpretationsmonopole verhindert, verdankt sich der Verankerung der dem Menschen als moralisch-politischem Wesen zukommenden ursprünglichen Rechte in einer höheren, notwendigerweise vorgesellschaftlichen transzendenten Ordnung; die hierin gründende Prämisse, daß der Mensch prinzipiell zur Selbstregierung befähigt, berechtigt und verpflichtet sei, um seine volle menschliche Statur zu erlangen, entzog von vornherein jeder gesellschaftlichen Fixierung des Amerikanischen Credo durch vorgegebene nicht republikanisch-demokratisch legitimierte Instanzen (sei es eine Staatskirche oder Staatspartei) jeden Boden. Umgekehrt aber legitimieren sich auch politisches Handeln und Entscheiden letztlich aus der Berufung auf die Tradition, um den für die Funktion der politischen Institutionen unabdingbaren Konsens herzustellen. Denn, so schreibt selbst ein kühlerer Analytiker der innenpolitischen Machtspiele, „wenn das Land eines Konsenses ermangelt, fehlt er auch dem Präsidenten und dem Kongreß, wenn die Öffentlichkeit einer übergreifenden Philosophie entbehrt, dann mangelt es auch der Regierung an dem, was Walter Lippmann ‚öffentliche Philosophie‘ nannte“²⁵⁾.

Aus diesem Grunde begegneten die Präsidenten des 20. Jahrhunderts den großen Krisen mit gesellschaftspolitischen Reformprogrammen, die stets mehr waren als bloße Maßnahmenkataloge. Die Reformen galten stets auch als ein den Vätern verpflichteter visionärer Entwurf für eine erneuerte Republik, was allein schon darin zum Ausdruck kam, daß solche Programme unter einen symbolhaltigen Schlüsselbegriff gestellt wurden: von Theodor Roosevelts „Square Deal“ (1904) über Woodrow Wilsons „New Freedom“ (1912) und Franklin D. Roosevelts „New Deal“ (1932) bis zu John F. Kennedys „New Frontier“ (1960) und Lyndon Johnsons „Great Society“ (1966). So unterschiedlich die politische Stoßrichtung und die konkreten Reformgehalte waren, im konzeptionellen Grundtenor stimmen sie doch überein. Stellvertretend

²³⁾ A. Lincoln (Anm. 13), Vol. I, S. 546f.

²⁴⁾ Ebd., S. 406.

²⁵⁾ H. Smith, *The Powergame — How Washington Works*, New York 1989, S. 713.

seien die Schlußsätze aus Franklin D. Roosevelts berühmter Rede vor dem Commonwealth Club (1932) angeführt: „Glaube [faith] an Amerika, Glaube an unsere Tradition persönlicher Verantwortlichkeit, Glaube an unsere Institutionen, Glaube an uns selbst, fordert, daß wir die neuen Bedingungen des alten Sozialvertrages erkennen. Wir werden diese erfüllen, wie wir unsere Verpflichtung erfüllt haben gegenüber dem augenscheinlichen Utopia, das Jefferson für uns 1776 erdachte, und das Jefferson, Roosevelt und Wilson Wirklichkeit werden zu lassen sich bemühten. Wir müssen so handeln, damit nicht die steigende Flut des Elends, das durch unser gemeinsames Versagen entstanden ist, uns alle hinwegspült. Aber Versagen ist nicht amerikanische Art, und getragen von der Stärke unserer Hoffnung müssen wir alle unsere gemeinsame Bürde schultern.“²⁶⁾ Für Roosevelt ist die Wirtschaftskrise unmittelbare Folge einer Gesellschaftskrise: die Akkumulation ökonomischer Macht in den Händen einer Oligarchie gefährde nicht nur das materielle Überleben der Individuen, sondern richte sich unmittelbar gegen das öffentliche Wohl, d. h. den Zweck politischer Herrschaft. Wie aber einst die politische Macht in einem Sozialvertrag durch das konstitutionelle demokratische Regime dem öffentlichen Wohl unterworfen wurde, so gelte es heute in einer „ökonomischen Verfassungsordnung“ die ökonomische Macht zu bändigen. Auf Jeffersons Erklärung der politischen Rechte müsse nunmehr eine Erklärung der ökonomischen Rechte folgen. Das sei mit den „neuen Bedingungen des alten Sozialvertrages“ gemeint.

Die normative Funktion des ursprünglichen Ordnungsparadigmas bestimmt das für die amerikanische politische Kultur spezifische Wechselspiel von Wandel und Stabilität. Deswegen zeigt sich jenes ethisch-politische Bewegungsmoment in den gesellschaftlichen Umbrüchen als das zentrale Motiv politischen Handelns. Das Ergebnis ist jeweils, wie Huntington es ausdrückt, die Verkettung von Reformprozessen mit solchen der Neuformierung gesellschaftlicher Kräfte. Sobald die Öffentlichkeit eine wie auch immer geartete Krise auf den Begriff des Widerspruchs von Norm und Wirklichkeit bringt, gerät sie in den hierdurch induzierten hochgradig moralisch-politischen Erregungszustand, den Zustand der „creedal passion“, wie der unübersetzbare Ausdruck Huntingtons hierfür lautet. Denn es liegt in der Natur des für das Amerikanische Credo konstitutiven Nexus von Gründung und Ordnung, daß für die amerikanische Erfahrung das Verfehlen der Ordnungsnorm, gleichsam der Ab-

fall von den Vätern, ebenso wichtig ist wie der Ordnungsentwurf der Väter selbst. „Die Geschichte der amerikanischen Politik ist eine Wiederholung von Neubeginn und fehlerbehaftetem Ergebnis, Verheißung und Desillusion, Reform und Reaktion. Diese Lücke zwischen Verheißung und Vollzug verursacht eine der amerikanischen Gesellschaft inhärente, zeitweise verborgene, zeitweise offene Disharmonie.“²⁷⁾ Der durch den Amerikanismus verbürgte Konsensus der Gesellschaft enthält somit gleichzeitig das entscheidende Ferment für die Konflikte in der Gesellschaft. „In den Vereinigten Staaten ist der ideologische Konsens die Quelle des politischen Konflikts, Polarisierung entsteht eher über moralische Probleme als über ökonomische Sachverhalte, und die Politik der Interessengruppen wird ergänzt und manchmal ersetzt durch die Politik der moralischen Reform. Amerika wurden Klassenkonflikte erspart, um dafür moralische Konvulsion zu erleben. Es ist genau die zentrale Rolle der moralischen Leidenschaft, welche amerikanische Politik von der Politik der meisten anderen Länder unterscheidet, und ist dieser besondere Zug, der für Ausländer die größten Verständigungsschwierigkeiten bereitet.“²⁸⁾

Die hier geschilderte Grundstruktur der die amerikanische politische Kultur kennzeichnenden Bewußtseins- und Symbolwelt läßt sich mit Hilfe der in Deutschland – allerdings in anderem Zusammenhang – entwickelten Begriffe von *wertkonservativ* und *strukturkonservativ* verdeutlichen, wenn man davon ausgeht, daß unter den amerikanischen Bedingungen Wert- und Strukturkonservatismus in einem spezifischen geschichtlichen Verhältnis zueinander stehen. Schon von den revolutionären Anfängen her hat die amerikanische Selbstdeutung eine prinzipiell wertkonservative Prägung, die sich durch die Bindung an die Ordnung der Väter verfestigte. Wie schon die wertkonservativ motivierte Revolution der Väter durch die politische und in gewissem Sinne auch soziale Umgestaltung der Gesellschaft in der republikanischen Ordnungsform die gesellschaftliche Wirklichkeit mit ihren metahistorischen Prinzipien in Einklang zu bringen suchte, so setzt sich dieser wertkonservative Impuls in den reformpolitischen Projekten zur Überwindung des Widerspruchs von Norm und sozialem Status quo fort: die Demokratisierung der neuen Nation in der Jacksonian Revolution in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die Versuche zur Bändigung der politischen Macht der Großindustrie und die Einführung der sozialen Sicherung in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts bis hin zur Bürgerrechtspoli-

²⁶⁾ F. D. Roosevelt, Public Papers and Addresses, Vol. I, New York 1938, S. 756.

²⁷⁾ S. P. Huntington (Anm. 7), S. 12 f.

²⁸⁾ Ebd., S. 11.

tik und Rassenintegration in den vergangenen Jahrzehnten — stets handelte es sich darum, die gesellschaftliche Praxis und die Institutionen der Republik in Übereinstimmung mit den Prinzipien und Glaubenssätzen des Amerikanischen Credo zu bringen. Umgekehrt aber sinkt in Zeiten der Stabilität, der „normalen“ Politik der Macht und Interessendurchsetzung das ethisch-politische Motiv gleichsam unter die gesellschaftliche Bewußtseinschwelle ab. Ein durch den fundamentalen wertkonservativen Konsens abgedeckter Strukturkonservatismus tritt an dessen Stelle. Das jeweilige besitzindividualistische Interesse mächtiger Gesellschaftsgruppen an der Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Status quo dominiert. Der Widerspruch zwischen Norm und Wirklichkeit wird zynisch oder apathisch akzeptiert. Da die auf diese Weise praktizierte kognitive Dissonanz jedoch schwer erträglich ist, wird der Strukturkonservatismus mit einer Haltung der Selbstzufriedenheit unterfüttert, die alle Widersprüche minimiert oder verdrängt. Meldet sich das wertkonservative Ge-

wissen, so entwickelt sich die Selbstzufriedenheit zu jener „patriotischen Scheinheiligkeit“, die die Widersprüche leugnet und die vorhandenen Sozialzustände affirmativ für die Verwirklichung der normativen Postulate des Amerikanismus ausübt. Eine solche, der handgreiflichen Erfahrung widersprechende Identifizierung von Ideal und Wirklichkeit fordert notwendig die wertkonservative Kritik am Strukturkonservatismus heraus und führt zu dessen moralischer Denunziation, die das Ideal gegen die Wirklichkeit ausspielt. Für Huntington sind die hier angeführten Antworten auf die Herausforderung der nationalen kognitiven Dissonanz jeweils Gradmesser der Intensität der *creedal passion*. Sie seien zwar in unterschiedlicher Weise stets präsent, doch treten sie jeweils in einer bestimmbaren Abfolge als dominantes Element der amerikanischen Politik auf. Dies verleihe, so Huntington, der amerikanischen politischen Kultur eine logische Dynamik sich wechselseitig ablösender Antworten auf die normativen Ansprüche der Ordnung²⁹⁾.

V.

Der geschichtliche Erfahrungs- und Ideenkomplex, aus dem der Amerikanismus hervorsticht, bedarf in unserem Zusammenhang keiner eigenständigen geistes- und sozialgeschichtlichen Darstellung³⁰⁾. Die im Amerikanismus wirksamen Traditionsbestände sind nur insoweit zu skizzieren, als sie sich gefiltert durch eine zweihundertjährige Geschichte im modernen amerikanischen Selbstverständnis widerspiegeln. Da die koloniale Gesellschaft von vornherein ein gesellschaftliches und kulturelles Fragment des altständisch-hierarchischen Englands war, ging auch die Rezeption und Akkulturation der Denk-, Rechts- und Verfassungstraditionen selektiv vor sich. Die westlichen Grundideen der stoisch-christlichen Gleichheit vor Gott, des stoisch-christlichen Naturrechts und des mittelalterlichen englischen Rechts- und Verfassungsdenkens gewannen geschichtliche Gestalt in einer Synthese der radikalprotestantisch biblizistischen Konzeption eines neuen Gottesvolkes mit der auf den Bürgerhumanismus der Renaissance zurückgehenden neoklassischen Idee der durch Recht und gemeinsamen

Nutzen geeinten Bürgerschaft der *res publica*. Diese beiden für das in einer politischen Nation geeinte amerikanische Volk konstitutiven Komponenten des spezifisch amerikanischen Begriffs der Republik widersprachen keineswegs der neueren Tradition der naturrechtlichen Vertragslehre, begründete doch diese nur die wechselseitige Verpflichtung, welche die Bürger in der gemeinsamen neuen revolutionären Ordnung eingingen, so wie einst die radikalprotestantischen Einwanderer Neuenglands ihre Gemeinwesen auf einem Vertrag untereinander und mit Gott im Sinne der calvinistischen Bundestheologie begründet hatten. Diese Mischung radikalprotestantischer und neoklassischer Elemente in dem bürgerzentrierten republikanischen Ordnungsparadigma erhielt ein zusätzliches dynamisches Moment durch die Aufnahme der Vorstellung vom zivilisatorischen Fortschritt in der Geschichte. Dieser Gedanke ließ sich unschwer mit der Verheißung eines prosperierenden Neuen Jerusalems in der neuen Welt verbinden. Darüber hinaus ließ sich hierdurch das aus der Antike überkommene Vorurteil widerlegen, daß eine Republik ein in sich homogener ökonomisch autarker Kleinstaat tugendhafter Ackerbürger sein müsse.

Der revidierte amerikanische Republikanismus konzipierte den nationalen Verfassungsstaat auf eine staats- und ständelose großräumige, volkreiche und von zivilisatorischer Dynamik erfüllte Ge-

²⁹⁾ Vgl. ebd., S. 64–70.

³⁰⁾ Vgl. dazu G. S. Wood, *The Creation of the American Republic 1776–1787*, New York 1967; J. Gebhardt, *Die Krise des Amerikanismus. Revolutionäre Ordnung und gesellschaftliches Selbstverständnis in der amerikanischen Republik*, Stuttgart 1976; G. Sandoz, *A Government of Laws. Political Theory, Religion and American Founding*, Baton Rouge 1990.

sellschaft freier und gleicher grundbesitzender, handel- und gewerbetreibender (weißer) Bürger hin. Dieser Republikanismus hielt an dem von Bürgervernunft und Bürgertugend getragenen Gemeinschaftsethos als anthropologischer Prämisse republikanischer Selbstregierung fest. Er fügte aber das puritanische Arbeitsethos, den wirtschaftlichen Unternehmensgeist sowie das Prinzip der Eigenverantwortlichkeit dem Tugendkatalog hinzu. Auch am zentralen sozio-ökonomischen Wert einer auf der freien Verfügung von Eigentum beruhenden republikanischen Mittelstandsgesellschaft wurde nicht gerüttelt. Der hierin angelegte und bis heute wirksame Widerspruch zwischen dem existentiell-politischen Bürger der Republik und dem besitzindividualistisch motivierten Wirtschaftsbürger sollte durch die sorgfältig konstruierte Architektur des politischen Institutionengefüges reguliert und dem Primat der öffentlichen Vernunft und Tugend unterworfen werden. Der Religion, darüber war sich die revolutionäre Generation einig, kam unter dem Gesichtspunkt der universalen Verbindlichkeit des Republikanismus eine entscheidende Rolle in der Gewährleistung des republikanischen Bürgerethos zu. Dies ergab sich schon aus der überragenden Bedeutung der Bibel für den Seelenhaushalt der jungen Nation³¹⁾. Die Gründungsväter verstanden sich als Christen, wenn auch oft von höchst unorthodoxem Bekenntnis. Die geistlich-kulturelle Lebenswirklichkeit wurde durch die bunte Vielfalt sich selbst organisierender christlicher Glaubensgemeinschaften bestimmt. Die Idee der Freiheit des sich selbstbestimmenden Bürgers war unteilbar. Der politischen und wirtschaftlichen Freiheit entsprach notwendig die Glaubensfreiheit. Folgerichtig gehörte zum republikanischen Konsens die Absage an jede Institutionalisierung eines christlichen Bekenntnisses nach alteuropäischem Zuschnitt.

Der antihierarchische, antiinstitutionelle und antidogmatische Affekt des vorherrschenden Bibelchristentums wirkte allen staatskirchlichen Tendenzen entgegen und erfaßte auch den Anglikanismus, schließlich sogar den Katholizismus. „Die Amerikaner verschmelzen in ihrem Denken Christentum und Freiheit so vollkommen, daß man sie fast unmöglich dazu bringt, dieses ohne jenes zu denken, und es handelt sich bei ihnen nicht um eine jener Glaubenshaltungen, die die Vergangenheit der Gegenwart vererbt, und die in der Tiefe der Seele weniger zu leben als dahinzusiechen scheinen.“³²⁾ Die Vorkämpfer einer *christlichen Republik* waren – wie auch heute ihre Nachkommen der Neuen Christlichen Rechten – eine Minderheit. Religion

³¹⁾ Vgl. N. Hatch/M. A. Noll (eds.), *Bible in America*, New York 1982.

³²⁾ A. de Tocqueville (Anm. 2), S. 339.

aber als eine alle Glaubensrichtungen und -gruppierungen einigende Haltung der Anerkennung und Verehrung eines universalen transzendenten Gottes war für diese Republikaner – ganz im römisch-politischen Sinn – selbstevidente normative Voraussetzung ihrer naturrechtlich eingebundenen Ordnung. Das Gegenteil von Religion war für die Gründer der gesellschaftlich destruktive Atheismus: Religion vermittelt ein für das Prinzip der republikanischen Selbstregierung unabdingbares Maß des Menschlichen. „Wir haben keine Regierung“ erklärt der Vizepräsident John Adams 1789, „deren Macht ausreiche, um mit den menschlichen Leidenschaften fertig zu werden, wenn diese nicht durch Moralität und Religion gezügelt werden. Unsere Verfassung ist für ein moralisches und religiöses Volk gemacht. Sie ist für jedes andere völlig ungeeignet.“³³⁾ Jeffersons Antrittsrede als Präsident schließt seine Aufzählung der Segnungen, welche das Glück und die Prosperität des amerikanischen Volkes verbürgen mit der Religion: „Erleuchtet durch eine gütige Religion, die in verschiedenen Formen bekannt und tatsächlich praktiziert wird, deren jede Anstand, Wahrheit, Mäßigung, Dankbarkeit und Menschenliebe einimpft, welche die allmächtige Vorsehung anerkennt und anbetet, die durch all ihre Fügungen beweist, daß sie ihr Wohlgefallen hat an der Glückseligkeit des Menschen jetzt und seiner größeren Glückseligkeit im zukünftigen Leben.“³⁴⁾

Dieser politisch gestimmte Transzendenzbezug gehörte von Washington bis zu Bush zum symbolischen Kernbestand politischer Rhetorik. Deren psycho-soziale Wirkung aber verdankt sich einer trotz vielfacher Säkularisierungsschübe bis in die Gegenwart hinein ungebrochenen Lebendigkeit religiöser Spiritualität in den USA. Halten doch nach wie vor 86 Prozent der Amerikaner in ihrem persönlichen Leben die Religion für wichtig, 94 Prozent glauben an Gott und 71 Prozent an ein Leben nach dem Tod³⁵⁾. Hinter solchen Umfrageergebnissen steht die unüberschaubar bunte Mannigfaltigkeit eines von der traditionellen Orthodoxie bis zum modernistischen Okkultismus reichenden religiösen Gemeinschaftserlebens. Wenngleich in der Frühzeit der Republik dem protestantischen Element im Vergleich zu heute sicher eine größere

³³⁾ J. Adams, *Reply to the Massachusetts Militia*, 1789, Adams Microfilm Reel 119.

³⁴⁾ Th. Jefferson, *First Inaugural Address*, in: E. Dumbauld (ed.), *Political Writings*, New York 1956³, S. 43; vgl. auch A. J. Reichley, *Religion in American Public Life*, Washington 1985.

³⁵⁾ Vgl. *Religion in America: 50 Years 1935–1985*, Gallup report no. 236, May 1985; W. C. Roof (ed.), *Religion in America Today*, *The Annals of the American Academy and Social Science*, Vol. 480, July 1985.

Bedeutung zukam, so scheint sich doch – vorsichtig ausgedrückt – ein gewisser Sinn für religiöse Erfahrungen so weit erhalten zu haben, daß religiös-politische Ordnungssymbole nach wie vor auf gesellschaftliche Resonanz stoßen.

Die Überzeugung von der politischen Funktion der Religion ist natürlich keine amerikanische Besonderheit, wohl aber die Auffassung, daß die strikte Trennung von Staatsgewalt und Kirche hiermit vereinbar und sogar Voraussetzung hierfür sei. Weiterhin war es bedeutungsvoll, daß sich die Elite der Gründer und das Volk in dieser Meinung einig waren. „Ich weiß nicht,“ bemerkte Tocqueville, „ob alle Amerikaner an ihre Religion glauben, denn wer kann in den Herzen lesen? Ich bin aber sicher, daß sie sie zur Erhaltung der republikanischen Einrichtungen für nötig halten. Diese Meinung ist nicht die einer Bürgerklasse oder einer Partei, sondern die des ganzen Volkes; man begegnet ihr in allen Schichten.“³⁶) In der Verschränkung dieses letztgenannten funktionalen Momentes mit der Vorstellung, daß die Ordnungsgehalte des Republikanismus und deren rechtliche Normierung wie institutionelle Konkretisierung in den neuen Einzelstaatsverfassungen und schließlich in der Bundesverfassung insgesamt eine Fügung der göttlichen Vorsehung sei, liegt der Ursprung der für den zivilreligiösen Nexus von Gründung und Ordnung charakteristischen Sakralisierung der Schlüsseldokumente und -symbole des väterlichen Ordnungswissens – dies lag schon in der Absicht der Väter der Republik. So führte Jefferson in der genannten Inauguralrede aus, daß „die Klugheit unserer Weisen und das Blut unserer Heroen“ der Verwirklichung der Grundprinzipien der republikanischen Ordnung geweiht waren, und er fährt fort: Diese „sollten das Credo unseres politischen Glaubens, der Text der staatsbürgerlichen Erziehung [und] der Prüfstein sein für die Dienste jener, in die wir unser Vertrauen setzen“. Der republikanische Konsens artikulierte einen gemeinsamen Fundus ethisch-politischer Ideen, eine gemeinsame politisch-religiöse Symbolik, welchen ein kollektives politisches Handeln entsprang. In seinem regionalen und sozialen Variantenreichtum hinreichend flexibel für den komplexen Prozeß der Nationwerdung, verschmolz das republikanische Ordnungsparadigma die mannigfaltigen Traditionselemente in einem nationalen Symbolismus, der gleichsam den gemeinsamen Nenner der amerikanischen Seelenordnung darstellte.

Mit der bewußten Überführung einer unter spezifischen historischen Bedingungen formulierten Ordnungsinterpretation in eine gesellschaftlich ver-

bindliche dogmatische Ordnungssymbolik mit metaphysischem Geltungsanspruch liegt das Geheimnis der Entstehung des Amerikanischen Credo. Dessen politisches Minimaldogma kann sogar auf einen einzigen Glaubenssatz verkürzt werden, wie dies im täglichen patriotischen Ritual des Treuegelöbnisses (Pledge of Allegiance) in amerikanischen Schulen geschieht. Der Fahne zugewandt und die Hand am Herzen geloben die Versammelten: „I pledge allegiance to the flag of the United States of America, and to the Republic for which it stands: one Nation, under God, indivisible with liberty and justice for all.“ Um diesen Kernsatz kristallisiert sich die politische Dogmatik, welche ihrerseits wieder eingebettet ist in den umfassenden symbolischen Kosmos des *Amerikanismus* als einer die gesamte gesellschaftliche Existenz durchdringenden Interpretation des Menschen in Gesellschaft und Geschichte mit universalem Anspruch. Zwar können wir die Schlüsseldoktrin mit dem Amerikanischen Credo im engeren Sinne identifizieren, der Geltungsanspruch des Amerikanischen Credo muß jedoch ganz generell aus dem bis zum heutigen Tage lebendigen heilsgeschichtlichen Zug des Amerikanismus abgeleitet werden. Er entstammt der Übertragung der puritanischen heilsgeschichtlichen Deutung der kolonialen Frühgeschichte auf die Nationalgeschichte in Verbindung mit der uns bereits bekannten systematischen Heroisierung aller *personae dramatis*, insbesondere aber der Gründungsväter. Diese „monumentalische“ Nationalgeschichte liegt jedem Diskurs der geschichtlichen Selbstverständigung zugrunde; sie ist in den theatralischen Inszenierungen der Marksteine der Vergangenheit allgegenwärtig.

Um aber gängige Mißdeutungen auszuschließen, bedarf es noch einer kurzen Erläuterung: Die Geschichte wird, trotz gelegentlicher chiliastischer Tendenzen, nicht als ein innerweltlicher Prozeß in Richtung auf ein irgendwie geartetes irdisches Paradies betrachtet. Die Nation ist nur „almost chosen“, nur fast erwählt, sagt Lincoln. Die radikalprotestantische und die bürgerhumanistische Politik stimmen in der Auffassung von der Hinfälligkeit des Menschen überein; wohl aber hat mit dem amerikanischen Experiment der Selbstregierung des Menschen die Vorsehung ein Beispiel für die ganze Menschheit gesetzt. (Aus der politischen Instrumentalisierung dieser Idee erklärt sich der bis heute wirksame imperiale Missionarismus amerikanischer Außenpolitik.) Aber die Fehlbarkeit des Menschen versagt ihm jede Erlösung im Diesseits. Es ist ein stetes Ringen um die Verwirklichung der Ordnung, in dem Bewährung und Scheitern nahe beieinander liegen. So gewinnt das wechselseitige Verhältnis von Wert- und Strukturkonservatismus eine heils-

³⁶) A. de Tocqueville (Anm. 2), S. 339.

geschichtliche Dimension, auch dort, wo man sich einer säkularisierten Sprache bedient. Insofern ein letztes Urteil über Bewährung und Versagen des amerikanischen Gottesvolkes — wenn überhaupt — nur einer überirdischen göttlichen Instanz zukommt und das Objekt eines solchen Urteils nur das sich selbst bestimmende freie Individuum sein kann, liefert die heilsgeschichtliche Sinngebung der amerikanischen Politik zugleich deren Grenze. Ein letztes innerweltliches Ziel der Geschichte, von dem her die gesamte Existenz der Menschen zwangsweise hätte politisiert werden können, gibt es nicht. Politik ist der Bereich des Vorletzten. Ideen- und Verfassungspolitik wirken in der politischen Kultur dahingehend zusammen, daß der „republikanische Mensch und Bürger“ den letzten Sinn seines Lebens aus einer unantastbaren geistig-religiösen Freiheitssphäre jenseits der Politik gewinnt. Diese im Amerikanismus stets präsente Freiheitssphäre ist nicht politikfern, sondern allgemein akzeptierte Prämisse der Politik republikanischer Selbstregierung im Verfassungsstaat. Diesen Sach-

verhalt trifft Robert N. Bellah, der den Terminus *Zivilreligion* in die neuere Diskussion über den Amerikanismus eingeführt hat, wenn er feststellt: „Obwohl die Angelegenheit des persönlichen religiösen Glaubens, des Kultes und der Kircheng Zugehörigkeit als eine strikt private Angelegenheit betrachtet werden, gibt es gleichzeitig gewisse gemeinsame Elemente der religiösen Orientierung, welche die Mehrzahl der Amerikaner teilen. Diese spielten eine entscheidende Rolle in der Entwicklung der amerikanischen Institutionen und liefern dem Strukturgefüge des amerikanischen Lebens einschließlich der politischen Sphäre immer noch eine religiöse Dimension. *Zivilreligion* . . . ist die genuine Erkenntnis einer universalen und transzendenten religiösen Realität, wie sie in der Erfahrung des amerikanischen Volkes wahrgenommen, oder man könnte sogar sagen, geoffenbart wird.“³⁷⁾ Im Unterschied zu anderen Erscheinungsformen der religiösen Erfahrung ist diese Erfahrung politisch vermittelt, weil sie im sozialen Mythos von Gründung und Ordnung ihren Ausdruck findet.

VI.

Der Aufstieg der Bundesverfassung in den Rang eines kanonischen Textes erfolgte erst im Laufe des 19. Jahrhunderts. In der Frühzeit der Republik wurde die instrumentale Funktion der Verfassung stärker betont als ihre symbolische Funktion, um auf die von E. S. Corwin getroffene Unterscheidung zurückzugreifen. Als Instrument fixiert die Verfassung die Grundstruktur des politischen Institutionengefüges, normiert und reguliert sie den politischen Prozeß. Nur in dieser Hinsicht ist sie dem geschichtlichen Wandel unterworfen und dem Zugriff von gesellschaftlichen Interessen- und Machtgruppen ausgeliefert, bald Instrument der politisch-gesellschaftlichen Reform, bald auch der Gegenreform. Erst um 1850 gerinnt in der expandierenden Republik die Verfassung zum Symbol der Einheit der Nation. „Das Instrument“, schreibt Michael Kammen in seiner Untersuchung der Rolle der Verfassung in der amerikanischen Kultur, „wird schließlich ein Symbol, eines, das die Gesellschaft als kulturell bestimmend betrachtete.“³⁸⁾

³⁷⁾ R. N. Bellah, *Civil Religion in America*, in: *Daedalus*, 96 (1967), S. 3, 12; vgl. hierzu: C. Stout, *The New Heavens and the New Earth. Political Religion in America*, New York 1975; R. Schieder, *Civil Religion*, Gütersloh 1987; K. M. Kodalle (Hrsg.), *Gott und Politik in Amerika*, Frankfurt 1988.

³⁸⁾ M. Kammen, *A Machine that Would Go by Itself. The Constitution in American Culture*, New York 1987, S. 94.

Schon 1838 hatte aber Abraham Lincoln die Verfassung in das politische Credo aufgenommen: „die Verehrung der Gesetze und der Verfassung“ möge die „politische Religion der Nation“ werden³⁹⁾. Doch bevor die Verfassung als Symbol der im politischen Credo formulierten Vision einer durch das unwandelbare Gesetz verbürgten politischen Ordnungsform begriffen werden konnte, mußte sie ihren Charakter als widerrufbarer Sozialvertrag zwischen den Staaten und die damit gegebene Legitimierung der südstaatlichen Sklaverei verlieren. Erst nachdem Lincoln im Bürgerkrieg den politischen Primat der Bundesverfassung durchgesetzt hatte, konnte sie Symbol der einen und unteilbaren Nation und zum ethisch-politischen Fixstern einer dynamischen, demokratischen und kapitalistischen Industriegesellschaft werden. Der neuen symbolischen Funktion der Bundesverfassung entsprach die Erhebung des *Supreme Court* zum integralen Bestandteil des öffentlichen Symbolismus, nicht zuletzt aufgrund seines Rechtes auf die autoritative Interpretation der Verfassung. „Wir haben unsere Auffassung vom endgültigen und zeitlosen Charakter der Verfassung auf die Richter übertragen, welche sie auslegen. Aus dem Bild der Verfassung als der elementaren Weisheit der politischen Ordnung ergibt sich der Glaube an die Außergewöhnlichkeit

³⁹⁾ A. Lincoln (Anm. 13), Vol. I, S. 108.

der richterlichen Inspiration.“⁴⁰⁾ Natürlich unterliegt auch das Oberste Gericht und die jeweilige Verfassungsinterpretation der politischen Instrumentalisierung, wie etwa auch durch die Bestellung der Richter belegt wird. Doch dies beeinträchtigt die Autorität der Hüter der Verfassungsordnung nicht unbedingt: Sie leitet sich nämlich nicht zuletzt aus der Fiktion ab, daß die Richter Repräsentanten eines höheren, der Politik übergeordneten Rechtes sind, so daß der unbezweifelbar politische Charakter der Institution in den Hintergrund tritt. Sowohl das traditionsgeleitete Selbstverständnis der Obersten Richter wie auch das vom Senat durchgeführte Prüfungsverfahren hält jenen Mittelweg in der Frage der politischen Qualität der Richter ein, den Theodor Roosevelt 1902 wie folgt beschrieben hat: „Im gewöhnlichen und schlechten Sinn, dem wir den Worten ‚Parteigänger‘ und ‚Politiker‘ beilegen, sollte ein Richter weder das eine noch das andere sein. Im höheren, eigentlichen Sinne eignet er sich meinem Urteil nach aber nicht für die Position, wenn er nicht Parteimann, ein konstruktiver Staatsmann ist, der stets an die Befolgung der Prinzipien und politischen Praxis denkt, welche diese Nation entwickelt hat und gemäß denen sie voranschreiten muß.“⁴¹⁾

Im Zusammenspiel von Verfassungskult und höchstrichterlicher Verfassungsinterpretation wirkt sich heute in erster Linie die identitätsstiftende Kraft des politischen Credo aus. Der Ordnungsgelhalt der Bürgerkultur ist derart mit dem Verfassungssymbol verschmolzen, daß das politische Credo die Gestalt eines *constitutional creed*, eines Verfassungsglaubens, annimmt. Als die Abgeordnete Barbara Jordan ihre Stimme für die Absetzung Nixons abgab, erklärte sie: „Mein Glauben (faith) in die Verfassung ist umfassend, er ist vollständig und er ist total, und ich werde nicht hier sitzen und eine im Angesicht der Geringschätzung, der Unterhöhnung der Verfassung untätige Zuschauerin sein.“⁴²⁾ Das ist ganz im Sinne von Lincolns „poli-

tischer Religion“. Umgekehrt war der eigentliche Grund für den Sturz Richard Nixons und die damit einhergehende tiefe moralische Erschütterung der Nation in den Worten Theodore H. Whites ein „breach of faith“, was sowohl den Vertrauensbruch wie auch den darin implizierten Verstoß gegen den „Glauben der Nation“ meint. Er zerstörte den fundamentalen Mythos der Nation, daß sie unter der Herrschaft des Gesetzes stehe und „daß es zumindest einen Menschen gibt, der für das Gesetz steht, nämlich den Präsidenten“ als den „priesterlichen Hüter dieses Glaubens“⁴³⁾.

So ist es nicht verwunderlich, daß im Gefolge von Watergate in den siebziger Jahren Umfragen einen dramatischen Vertrauensverlust für die politische Führung und die politischen Institutionen registrierten. Hinsichtlich des Ausmaßes gibt es – wohl fragebedingt – Unterschiede unter den Umfragen; zudem muß daran erinnert werden, daß in den vorhergehenden Jahrzehnten die Bevölkerung ein geradezu unamerikanisch hohes Vertrauen in ihre Politiker gesetzt hatte. Ungeachtet all dessen berührte diese Krise nicht die enge Bindung an Gemeinwesen und Regime. Über 80 Prozent der Amerikaner – unvergleichlich viel mehr als in den anderen westlichen Demokratien – bekannten sich mit Stolz zu ihrer Nation und ihrem politischen System⁴⁴⁾. Dieser ungebrochene Verfassungsglaube erklärt sich aus der unmittelbaren Erfahrung einer das gesamte gesellschaftliche Leben durchformenden Verfassungspraxis und der hierdurch gegebenen eigentümlichen Rechtskultur des amerikanischen Alltagslebens. Die Leitidee der republikanischen Selbstregierung und deren Institutionalisierung in einem machtmindernden System der horizontalen und vertikalen Gewaltenteilung und -verschränkung ist nicht auf die abgehobene politische Welt Washingtons begrenzt, sondern basiert auf einer kaum beschreibbaren Vielfalt der 80 000 „kleinen Regime“, beginnend auf der Ebene von Spezial- und Schuldistrikten über *townships* und *district municipalities* bis hin zu den 50 Einzelstaaten. So baut sich das Verfassungsleben der amerikanischen Bürgerkultur von der Lokalpolitik her auf. Mehr noch: Diese Bürgerkultur schließt das soziale Leben mit ein. Die Ausarbeitung von Verfassungen für die unterschiedlichsten Zwecke des Gemeinschaftslebens und die Verfassungspraxis ist den Amerikanern gleichsam zur zweiten Natur geworden.

⁴⁰⁾ M. Lerner, *Constitution and Court as Symbols*, in: *Yale Law Journal*, 46 (1937), S. 1299; vgl. hierzu: J. Gebhardt, *Verfassungspatriotismus in den USA*, in: *Akademie für Politische Bildung* (Hrsg.), *Zum Staatsverständnis der Gegenwart*, München 1987, S. 111–130; S. Levinson, „The Constitution“ in *American Civil Religion*, in: *The Supreme Court Review* 1980, S. 123–151; ders., *Constitutional Faith*, Princeton 1989; H. Vorländer, *Forum Americanum. Kontinuität und Legitimität der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika 1787–1987*, in: *Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart*, Bd. 36, 1987, S. 451–488; ders., *Verfassungsverehrung in Amerika, Zum konstitutionellen Symbolismus in den USA*, in: *Amerikastudien*, 34 (1989) 1, S. 69–82.

⁴¹⁾ Zit. nach M. Kammen (Anm. 39), S. 199f.

⁴²⁾ Zit. nach S. Levinson, *The Constitution* (Anm. 41), S. 124.

⁴³⁾ Th. H. White, *Breach of Faith*, New York 1975, S. 323, 339.

⁴⁴⁾ Vgl. M. Lipset/W. Schneider, *The Confidence Gap: Business, Labor and Government in the Public Mind*, New York 1983.

Diese allgegenwärtige Praxis demokratischer Verfahrensweisen in den öffentlichen und privaten Angelegenheiten hat stets ihre normative Ausrichtung an den regulativen Prinzipien der Bundesverfassung. Von Kindesbeinen an eingeübt, wird von der großen Mehrheit Konstitutionalismus gewohnheitsmäßig praktiziert, wo immer soziale Interaktion stattfindet: Kindergarten, Schule, Elternvereinigung, Pfadfinder, Studentenverbindung, Kirchengemeinde, Loge, Veteranenverein, Wohltätigkeitsverein oder ad-hoc gebildete Bürgerinitiative, nicht zu reden von, im engeren Sinne, politischen Organisationen. Zwar werden in der Regel Verfassungsprobleme und die Verfassung als solche in der im modernen Amerika wichtigen Instanz für die Bewußtseins- und Symbolprägung, dem Fernsehen, nicht besonders thematisiert, doch zeigt die (vornehmlich) lokale und nationale Berichterstattung notwendigerweise dem Zuschauer, wie weitgehend politische Vorgänge mit Verfassungsproblemen verquickt sind. Darüber hinaus aber wird über Unterhaltungsreihen wie die beliebten „courtroom dramas“ ein konkreter Anschauungsunterricht über die verfassungsmäßigen Rechte und Rechtsverfahren geliefert.

Verfassungskult und Verfassungsglaube sind offensichtlich auch vereinbar mit einer weit verbreiteten Unkenntnis der konkreten Inhalte der Bundes- und jeweiligen Einzelstaatsverfassung und einem hohen Grad an politischer Apathie. Trotzdem sagen uns Befunde, daß aus der sozialen Wirksamkeit des Amerikanischen Credo ein, wie Kammen das nennt, „kultureller Konstitutionalismus“ resultiert. Zu Recht macht er darauf aufmerksam, daß dieser Konstitutionalismus die Verfassung als Symbol lebendig und als Instrument funktionsfähig hält⁴⁵⁾. So erklärt sich auch, warum Ergänzungen der Verfassung auf wenige Fälle beschränkt blieben: Von 10 124 Ergänzungsvorschlägen wurden 16 angenommen (nachdem 1791 die zehn Ergänzungen als *Bill of Rights* angefügt worden waren). Die in der Verfassung vorgesehene Möglichkeit eines Verfassungskonventes wurde noch niemals wahrgenommen. Eine Teil- oder Totalrevision wurde und wird diskutiert — ist aber wohl bis auf weiteres nicht zu erwarten. Gewiß hat sich der Konstitutionalismus mit der Gesellschaft gewandelt, aber der Wandel ist selbst wieder Ausdruck der reformerischen Potentiale des Amerikanischen Credo. Die schweren, wandlungsbedingten gesellschaftlichen Konflikte konnten mit einer Ausnahme konstitutionell gelöst werden. Das „Grundmuster des amerikanischen

Konstitutionalismus ist eines des Konfliktes innerhalb des Konsenses“⁴⁶⁾.

Der Primat der traditionsgeleiteten Prinzipien des republikanischen Ordnungsparadigmas im modernen amerikanischen Gesellschaftsleben prägt auch die soziale Dimension der politischen Kultur. Das auf der Idee des freien Unternehmertums beruhende Wirtschaftssystem war stets integrales Element des Amerikanismus. Kapitalistisches Wirtschaftssystem und Privateigentum werden von über 80 Prozent der Bevölkerung für die Voraussetzung eines freiheitlichen Regierungssystems gehalten. Noch zwei Drittel der Befragten, wenn auch nicht der ethnischen Minorität, halten das Wirtschaftssystem für fair und effizient und sind überzeugt, daß es die Chancengleichheit gewährleistet. Nahezu 90 Prozent widersprechen der Meinung, daß das Privateigentum eine Gefahr für die Freiheit darstelle⁴⁷⁾. Dem entspricht auch die Hochschätzung der Arbeitsethik (75 Prozent), der Pflichterfüllung (78 Prozent), des sozialen Aufstieges (74 Prozent) und des Wettbewerbs (88 Prozent)⁴⁸⁾. Ehrlichen Erwerb eines hohen Einkommens und Aneignung von Profiten halten 95 Prozent für gerechtfertigt⁴⁹⁾. Zwischen 85 Prozent und 95 Prozent halten mangelnde Sparsamkeit, fehlenden Fleiß oder fehlende Fähigkeiten für die Ursachen von Armut⁵⁰⁾. Während also die in der Selbstregierung verankerte politische Freiheit eine politische und rechtliche Ungleichheit ausschließt, erlaubt die im Prinzip der sozialen Eigenverantwortung verankerte sozioökonomische Freiheit ein erhebliches Maß an sozialer Ungleichheit, da nur die Gleichheit der Chancen gesichert sein müsse.

Geschichtlichen Wandlungen unterworfen ist allerdings das wechselseitige verfassungspolitisch definierte Verhältnis von beiden bürgerlichen Freiheitstypen. Tendenziell werden heute die politischen Standards der Gleichheit zunehmend in der gesellschaftlichen Sphäre durchgesetzt, wo immer die Entfaltung des Individuums und eines individuellen Lebensstils aus Gründen der ethnischen oder nationalen Herkunft, des Geschlechtes oder der Religion durch soziale Schranken beeinträchtigt wird. Die allgemeine Akzeptanz einer freien, auf Privateigentum beruhenden Marktwirtschaft hatte stets dort einen kritischen Punkt erreicht, wo die Dynamik des Laissez-Faire-Kapitalismus mit dem

⁴⁵⁾ Ebd., S. 29.

⁴⁷⁾ Vgl. H. McClosky/J. Zaller, *The American Ethos*, Cambridge 1984, S. 133–143.

⁴⁸⁾ Vgl. ebd., S. 188 ff.

⁴⁹⁾ Vgl. ebd., S. 120.

⁵⁰⁾ Vgl. J. R. Kluegel/R. Smith, *Beliefs about Inequality*, New York 1986, S. 47.

⁴⁵⁾ Vgl. M. Kammen (Anm. 39), S. 5, 399 f.

demokratischen Prinzip des republikanischen Paradigmas in Widerspruch geriet. Zu Ende des 19. Jahrhunderts stieß die republikanische Verheißung eines politisch und ökonomisch selbstbestimmten Lebens des *common man* in einer freien Gesellschaft, in der jeder nach seinen Fähigkeiten sein politisches und soziales Glück machen könne, an ihre durch politische und ökonomische Machtkonzentration gezogenen Grenzen. Hieraus resultierte ein starkes Mißtrauen gegen die Wirtschaftsmächte und insbesondere gegen die übergroße Macht des *big business*. Gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht und deren soziale Folgekosten wandten sich die großen Reformprogramme des 20. Jahrhunderts, welche die Bundesgewalt zur Kontrolle und Regulierung der wirtschaftlichen Machtkonzentration ermächtigten, und welche schließlich eine staatsinterventionistische Wirtschafts- und Sozialpolitik erlaubten. Bei aller Skepsis jedoch, die dem ungezähmten Kapitalismus entgegengebracht wird, zieht die öffentliche Meinung eine private Organisation der Wirtschaft vor, „wenn nicht . . . private Mechanismen versagen und öffentliche Maßnahmen die einzige Alternative zu sein scheinen“⁵¹). Allerdings: Die Befürwortung einer staatsinterventionistischen Politik, so führen Lipset und Schneider aus, ist keine Entscheidung für eine staatlich gelenkte Wirtschaft. Denn nach wie vor halten sich Amerikaner den Prinzipien einer freien Marktwirtschaft verpflichtet. Sie unterstützen jedoch eine staatliche Regulierung des Wirtschaftslebens, weil sie zunehmend betroffen sind vom „staatsbürgerlichen Versagen“ (*bad citizenship*) der Wirtschaft, und fürchten dabei die steigenden sozialen Kosten traditioneller Wirtschaftspraxis. „Regulierung zielt darauf, die Mißbräuche abzustellen, nicht aber darauf, den Leuten zu sagen, wie sie ihre eigenen Angelegenheiten regeln sollen.“⁵²) So steht auch die Sozialpolitik immer unter dem Vorzeichen der „Hilfe zur Selbsthilfe“. Öffentliche Unterstützung für diejenigen, die unverschuldet in Not geraten, nicht aber eine staatliche Politik der Egalisierung der sozialen Lebensverhältnisse, wird mehrheitlich bejaht. Die Vorherrschaft der Prinzipien der Selbständigkeit und Eigenverantwortung bestimmt Inhalt wie Grenzen aller staatlichen Sozialpolitik in der amerikanischen politischen Kultur⁵³) — auch und weil sich der amerikanische Bürger als Steuerzahler versteht, der hierfür aufzukommen hat.

⁵¹) H. McClosky/J. Zaller (Anm. 47), S. 151.

⁵²) M. Lipset/W. Schneider (Anm. 45), S. 238.

⁵³) Vgl. K. L. Shell, Amerikanische Einstellungen zur Armut und sozialen Ungleichheit, in: D. Döring/R. Hauser (Hrsg.), Politische Kultur und Sozialpolitik, Frankfurt 1989, S. 9–24.

So zeigt sich, wo immer es um staatliche Eingriffe in das soziale und wirtschaftliche Leben geht, eine eigentümliche Ambivalenz des öffentlichen Bewußtseins, hinter welcher die latente Furcht vor der Entmachtung des Bürgers steht. Obwohl auch in den USA dem Bundesstaat und insbesondere dem Präsidenten eine politische Verantwortung für die soziale und ökonomische Prosperität der Nation zugewachsen ist, steht der Bürger der mit dem wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus verbundenen Herausbildung eines zentralisierten und bürokratisierten Staatsapparates mit höchstem Mißtrauen gegenüber. Diese Abneigung gegen *big government* hat die Entstehung einer etatistischen Tradition mit entsprechenden administrativen Strukturen in der politischen Kultur verhindert; überall dort, wo wie beispielsweise in den Großstädten die Instrumente der Selbstregierung versagen, führte dies zu eigentümlichen, dem Betrachter anomisch erscheinenden Verhältnissen.

Das im republikanischen Ordnungsparadigma verankerte Amerikanische Credo kannte weder den konzernkapitalistischen Großbetrieb der modernen Wirtschaftsgesellschaft noch den modernen bürokratischen Staat. Die Verfassung als Schlüsselsymbol der amerikanischen Gemeinschaftsidee schloß den Staat als Kristallisationskern der nationalen Identität aus. Eine Legitimierung der Politik aus der „europäischen Idee“ der Staatsraison galt und gilt als „das übelbeleumdete Gegenstück zur amerikanischen Tradition des Liberalismus, Konstitutionalismus und der natürlichen Rechte“⁵⁴). Der Grundsatz des englischen Parteigängers der amerikanischen Revolution, Thomas Paine, ist nach wie vor gültig: Diejenige Regierung sei die beste, die am wenigsten regiere. „Amerikanische liberale und demokratische Ideen bilden eine dauernde und mächtige Anklage fast aller politischer Institutionen . . . Kein Regime kann existieren ohne ein gewisses Maß an Hierarchie, Ungleichheit, willkürlicher Machtausübung, Geheimhaltung, Täuschung und festen Mustern von Über- und Unterordnung. Das Amerikanische Credo bestreitet jedoch die Legitimität all dieser Charakteristika von Herrschaft. Seine Ideen widersprechen der Natur politischer Herrschaft im allgemeinen und sie widersprechen der Natur des hochbürokratisierten und zentralisierten modernen Regime.“⁵⁵) Dieses Dilemma verschärft sich durch die Tatsache, daß mit diesem antistaatlichen Affekt die Vorstellung von der amerikanischen Rolle als Weltmacht kollidiert, welche naturgemäß die bundesstaatliche Machtakkumulation befördert hat.

⁵⁴) S. P. Huntington (Anm. 7), S. 36.

⁵⁵) Ebd., S. 39.

VII.

Dieser dauernde Widerspruch zwischen dem bürgerzentrierten Ethos des Amerikanismus und der gesellschaftlichen Realität prägt die Zyklen der Politik in der amerikanischen politischen Kultur, in denen strukturkonservative Anpassung und wertkonservative Reform einander ablösen, was „einem steten Wechsel im nationalen Engagement zwischen öffentlicher Zielsetzung und privatem Interesse“, in den Worten Arthur M. Schlesingers, gleichkommt⁵⁶⁾. Wenn auch der aufgeklärte Historiker in der Dialektik zwischen republikanischer Vision und pragmatischer Interessenpolitik nicht mehr das Wirken der göttlichen Vorsehung in der amerikanischen Geschichte sehen möchte, so besteht er doch auf der dogmatischen Geltung des hieraus abgeleiteten zivilreligiösen Grund-Satzes des amerikanischen Credo: „Doch haben wir einen bemerkenswerten Vorteil gegenüber den meisten Nationen behalten — einen gänzlich weltlichen

⁵⁶⁾ A. M. Schlesinger, *The Cycles of American History*, Boston 1986, S. 27.

Vorteil, den uns jene sehr erstaunlichen Gründungsväter zuteil werden ließen. Denn sie vererbten uns Standards, nach welchen unser Weg zu bestimmen ist und unsere Leistungen zu beurteilen sind . . . Die Unabhängigkeitserklärung und die Verfassung setzen Ziele, enthalten Verpflichtungen und messen Versagen.“⁵⁷⁾

Dieses Spannungsverhältnis von Norm und Wirklichkeit definiert „sowohl Agonie wie auch Verheißung der amerikanischen Politik. Wenn diese Spannung verschwindet, werden die Vereinigten Staaten von Amerika, wie wir sie kennen, nicht mehr länger existieren“⁵⁸⁾. Der für die amerikanische politische Kultur konstitutive Zusammenhang von Gründung und Ordnung im öffentlichen Bewußtsein der Nation, so kann die Schlußfolgerung lauten, bedingt deren Existenz als handlungsfähige politische Einheit in der Geschichte.

⁵⁷⁾ Ebd., S. 21.

⁵⁸⁾ S. P. Huntington (Anm. 7), S. 261.

Zur Weltwirtschaftsstellung der USA

Bis vor kurzem noch schien die Wirtschaftsdynamik der USA unerschöpflich zu sein. Hohe Wachstumsraten sowie niedrige Inflations- und Arbeitslosenquoten ließen die Stagflation der siebziger Jahre vergessen. Weltwirtschaftlich konnten die USA für sich in Anspruch nehmen, maßgeblich zur Ausweitung des Handels beigetragen zu haben. Inzwischen hat sich die amerikanische Konjunktur merklich abgekühlt, und die Gesamtbilanz der Wirtschaftsleistungen der Vorjahre wird kritischer betrachtet. Dem längsten Wirtschaftsaufschwung seit den sechziger Jahren lassen sich nämlich eine ganze Reihe von „Schwächen“ gegenüberstellen:

- das Rekorddefizit der Leistungsbilanz bildet sich nur langsam zurück;
- der Technologievorsprung gegenüber Japan hat sich verringert;

– die USA sind die größte Schuldernation der Welt und

– Japan hat die USA bei der Entwicklungshilfe überholt, und das militärische Engagement der USA im Persischen Golf wird weitgehend von den Verbündeten finanziert.

Für sich allein gesehen wäre keine dieser Veränderungen alarmierend. Addiert man sie jedoch, dann ist die Richtung und Schnelligkeit dieses Wandels ernüchternd. Im Laufe der letzten Jahre hat sich nicht nur das wirtschaftliche Machtgefälle zwischen den USA einerseits und Europa und Japan andererseits eingeebnet. Die USA stehen jetzt zudem unter starkem Anpassungsdruck und fallen damit als Stütze für die Weltwirtschaft aus.

I. Verlagerungen im internationalen Wachstumsgefälle

Die Weltwirtschaft wurde in den achtziger Jahren stärker als je zuvor allein von der Wirtschaftsdynamik der Industrieländer getragen. Allerdings konnte sie nicht wieder die Wachstumsleistung erreichen, die die Nachkriegsperiode bis Anfang der siebziger Jahre kennzeichnete. Während die Ölkrisen von 1973/74 und 1978/79 die Verwundbarkeit der westlichen Industrieländer bloßlegten, bremsen in den achtziger Jahren vor allem die Verschuldungskrise der Dritten Welt sowie strukturelle Anpassungsprobleme in den Industrieländern und der dadurch bedingte Handelsprotektionismus die Wachstumschancen.

Aus einem Vergleich der realen Wirtschaftswachstumsraten (Tab. 1) geht hervor, daß die USA ihre Wirtschaftsleistung in den achtziger Jahren steigern konnten und auch viel schneller expandierten als die Europäische Gemeinschaft. Aber Japan mit seinen überdurchschnittlichen Wachstumserfolgen konnten sie nicht einholen. So bilden die USA seit 1989 das Schlußlicht des Trios. Seitdem die europäischen Wirtschaften durch die mobilisierende Kraft des EG-Binnenmarktprogramms Schwung gewonnen und aufgeholt haben, wird erwartet, daß vor allem Europa und der gesamte asiatische Raum die Wachstumszentren der Welt bilden. Bei einem

Tabelle 1: Reale Wirtschaftswachstumsraten (Durchschnitt in Prozent)

	1971–80	1981–85	1986–88	1989
Welt	3,9	2,5	3,5	3,0
Industrieländer	3,2	2,4	3,5	3,4
davon USA	2,8	3,2	3,5	2,5
EG	3,1	1,5	3,1	3,5
Japan	4,8	4,0	4,3	4,9
Entwicklungsländer	5,5	2,8	4,0	3,0
Lateinamerika	5,9	0,6	2,5	1,6
Asien	5,3	7,0	8,0	5,0

Quelle: IWF, World Economic Outlook, Oktober 1989 und Oktober 1990.

heute bereits dem der USA vergleichbaren Anteil am realen Weltprodukt von rund 24 Prozent könnten die Europäer die USA in Kürze sogar überholen. Mit nicht einmal der Hälfte der Bevölkerung Europas erwirtschaftet Japan 14 Prozent des Welt-Bruttosozialprodukts (BSP).

II. Internationale Handelsbeziehungen

Innerhalb des internationalen Handels besteht Ungleichgewichtigkeit. Zwei Drittel des gesamten Welthandels entfallen auf die Industrieländer, und diese Konzentration hat im Verlauf der letzten Jahre noch zugenommen. Was die langfristigen Entwicklungen angeht, hat einerseits die Position der USA im Weltexport zugunsten Europas und Japans abgenommen. So nahm der US-Anteil von 15,7 Prozent im Jahr 1960 auf 12,5 Prozent im Jahr 1989 ab¹⁾. Die EG konnten ihren Anteil unterdessen von 32,9 auf 38,9 Prozent ausweiten, und Japan hat seinen Anteil von drei auf 9,4 Prozent erhöht. Andererseits nehmen die USA einen größeren Teil der Welterinfuhren auf. Ihr Anteil erhöhte sich von 11,6 im Jahr 1960 auf 16,4 Prozent im Jahr 1989. Eine ähnliche Steigerung, von 32,9 auf 38,8 Prozent, läßt sich auch für die EG ausmachen, während Japan mit einem nur geringfügig erweiterten Anteil von 3,5 Prozent im Jahr 1989 ein viel geschlossenerer Markt geblieben ist.

Der Außenhandel hat für die amerikanische Wirtschaft indessen an Bedeutung gewonnen. Dies gilt insbesondere für die Abhängigkeit von den Einfuhren, welche 1960 nur 4,4 Prozent des BSP, in den Jahren von 1980 bis 1988 jedoch bereits durchschnittlich 10,4 Prozent ausmachten²⁾. Unterdessen erhöhte sich die Exportquote von fünf auf 8,4 Prozent. Im Vergleich dazu ist die Importquote Japans nur geringfügig gestiegen, von 10,2 auf 11,2 Prozent, während seine Exportquote von 10,7 auf 13,2 Prozent zunahm. Mit einer Export- bzw. Importquote von durchschnittlich 28 bzw. 27,8 Prozent für die Jahre 1980 bis 1988 ist der Wirtschaftsraum der EG weitaus stärker auf den Handel angewiesen als die USA oder Japan. Dabei ist jedoch festzustellen, daß sich der externe EG-Handel seit der Gründung der Gemeinschaft kontinuierlich verringert hat, während der Handel innerhalb der EG sich von 37 Prozent des Gesamthandels im Jahr 1958 auf 59 Prozent im Jahr 1988 ausgeweitet hat.

Gemessen am jeweiligen Gesamthandel der drei Wirtschaftsräume ist für die USA der Handel mit der EG wichtiger als umgekehrt der Handel mit den USA für die EG. Ungefähr 24 Prozent aller US-Exporte entfielen im Jahr 1989 auf die EG, die damit knapp vor Kanada und weit vor Japan mit

zwölf Prozent der US-Exporte liegt³⁾. Hingegen betrug der Anteil der USA am EG-Export nur acht Prozent, und mit Ausnahme etwa der Bundesrepublik und Großbritanniens haben die EG-Länder den US-Anteil ihrer Gesamtimporte seit den sechziger Jahren verringert. Während er im Jahr 1989 nur acht Prozent der Importe der EG ausmachte, ist Japan mit einem Anteil von fünf Prozent ihrer Importe als Handelspartner der EG wichtiger geworden.

Die USA haben ihre Handelsbeziehungen mit Japan seit den siebziger Jahren besonders stark ausgebaut. Die Exporte Japans in die USA haben sich in den vergangenen Jahren verdreifacht und machten im Jahr 1989 20 Prozent der amerikanischen Einfuhren aus. Da Japan aber nur zwölf Prozent der US-Exporte aufnimmt, liegt hier ein beträchtliches bilaterales Handelsungleichgewicht vor. Mit einem Anteil von 34 Prozent der Exporte im Jahr 1989 sind die USA für Japan der wichtigste Absatzmarkt. Mit einem Anteil von 17 Prozent liegt die EG hinter dem asiatischen Raum, auf den 29 Prozent der Exporte Japans entfielen. Auch bei den Importen Japans liegen die USA mit einem Anteil von 23 Prozent vor der EG mit 13, während 31 Prozent der Japan-Importe aus dem asiatischen Raum kommen.

Seit den achtziger Jahren spielt der Handel zwischen den Industrieländern eine besonders bedeutende Rolle für die Weltwirtschaft. Der Grund liegt weniger in seiner Eigendynamik als in der im Unterschied zu den siebziger Jahren ausgeprägten schwachen Wirtschafts- und Handelsleistung der verschuldeten Regionen Afrika und Lateinamerika. Diese Entwicklung hat sich für die USA als besonders ungünstig erwiesen. Zu besonders großen Absatzverlusten für die amerikanische Exportwirtschaft kam es in Lateinamerika. Diese Region importiert fast doppelt soviel aus den USA wie aus der EG und absorbierte im Jahr 1989 14 Prozent der US-Exporte, aber nur zwei bzw. drei Prozent der Exporte der EG und Japans. Umgekehrt sind die USA mit fast 60 Prozent aller Exporte der wichtigste Markt für diese Region geworden, eine Entwicklung, die sich erst in den achtziger Jahren herausgebildet hat. Noch zu Beginn der siebziger Jahre entfiel von den Exporten der Region auf die EG und die USA ein ungefähr gleichwertiger Anteil.

¹⁾ Vgl. zu diesen und den folgenden Angaben IWF, *Direction of International Trade, 1958—1962*, sowie IWF, *Direction of Trade Statistics, Yearbook 1990*.

²⁾ Vgl. zu diesen und den folgenden Angaben OECD, *Historical Statistics, 1960—1988*, Paris 1989, S. 71f.

³⁾ Vgl. zu diesen und den folgenden Angaben IWF, *Direction of Trade Statistics (Anm. 1)*.

1. Ungleichgewichte im Außenhandel

Waren es die USA noch bis in die siebziger Jahre hinein gewohnt, einen beträchtlichen Exportüberschuß zu erwirtschaften und andere Nationen mit einem scheinbar unversiegbaren Fluß an Investitionskapital zu versorgen, hat sich ihre Position in den achtziger Jahren praktisch umgekehrt. Während die Warenexporte bereits in den siebziger Jahren mit den rapide steigenden Importen nicht mehr mithalten konnten, die Exportüberschüsse mit Europa schmaler wurden und die Handelsbilanz immer stärker zugunsten Japans ausfiel, begann sich diese tendenzielle Verschlechterung mit der 1983 einsetzenden Wirtschaftsexpansion in einem dramatischen Tempo zu beschleunigen.

Seitdem weisen die Leistungsbilanzen der USA, Japans und der EG — darin vor allem der Bundesrepublik — Ungleichgewichte einer unvorhergesehenen Größenordnung aus. In den USA trieb die expansive Wirtschaftspolitik die Importnachfrage in die Höhe und führte zu jährlich steigenden Defiziten in der Leistungsbilanz. Wie aus Tab. 2 hervorgeht, erreichte dieses Defizit im Jahr 1986 einen Gesamtwert von 145,4 Mrd. US-Dollar bzw. 3,4 Prozent des BSP. Indessen erwirtschafteten insbesondere Japan und die Bundesrepublik enorme Exportüberschüsse von jeweils 85,8 Mrd. US-Dollar und 39,7 Mrd. US-Dollar.

Geringer ausfallende Ungleichgewichte hatten die USA zuvor wiederholt über eine Stärkung ihrer Exportleistung korrigieren können, die auf preisenkenden Abwertungen des Dollarkurses und konjunkturellen Expansionsmaßnahmen der Europäer und Japan basierte. Der seit 1985 laufende Versuch, sich mit Hilfe derselben Strategie sowie zusätzlichem handelspolitischem Druck zur Öffnung ausländischer Märkte wieder wettbewerbsfähig zu machen, hat sich bisher nur beschränkt ausgezahlt. So belief sich im letzten Jahr das Leistungsbilanzdefizit immer noch auf rund 110 Mrd. US-Dollar.

Zu der bisherigen Verbesserung beigetragen hat hauptsächlich die seit 1986 vom Wirtschaftsaufschwung Europas ausgehende Importnachfrage. So konnten die USA im vergangenen Jahr zum ersten mal seit 1983 wieder einen Überschuß im Güterhandel mit diesem Wirtschaftsraum verbuchen. Auch die globale Leistungsbilanz der EG ist fast wieder ausgeglichen. Der Exportüberschuß der Bundesrepublik hat im Vorjahr zwar weiter zugenommen, aber er verteilt sich weitgehend auf die Handelspartner innerhalb der EG, und es wird erwartet, daß er sich aufgrund des durch die Wiedervereinigung ausgelösten höheren Importbedarfs fortan zurückbilden wird.

Tabelle 2: Leistungsbilanzen

	1980	1986	1989
USA			
in Mrd. US-Dollar	1,1	-145,4	-110,0
als % des BSP	0	- 3,4	- 2,1
EG			
in Mrd. US-Dollar	-47,7	51,2	6,2
als % des BSP	- 1,5	1,5	0,1
davon Deutschland			
in Mrd. US-Dollar	-13,8	39,7	55,4
in % des BSP	- 1,7	4,4	4,6
Japan			
in Mrd. US-Dollar	-10,7	85,8	57,2
als % des BSP	- 1,0	4,4	2,0

Quelle: IWF, World Economic Outlook, Oktober 1990.

Auch Japan hat seinen globalen Leistungsbilanzüberschuß durch Maßnahmen zur Ankurbelung der Importnachfrage sowie einer stärkeren Verlagerung der Produktion in das Ausland verringert. Aber der Überschuß im Handel mit den USA hat nur geringfügig abgenommen. Denn im Vergleich zur Größe und Offenheit des europäischen Marktes fallen die Absatzmöglichkeiten für die USA in Japan grundsätzlich beschränkter aus. Darüber hinaus sind europäische Anbieter oft harte Mitstreiter. In den Entwicklungsländern stößt die Exportkampagne der USA unterdessen an die Grenzen der anhaltenden Devisenknappheit und Importschwäche.

Aber auch intern sind kaum Voraussetzungen für eine schnelle Entlastung der Außenbilanz gegeben. Zum einen läßt eine hohe Auslastung der Produktionskapazitäten wenig Spielraum für zusätzlichen Export, zum anderen haben einheimische Produzenten sichtbare Schwierigkeiten, sich Anteile eines Inlandmarktes zurückzuerobern, den europäische und japanische Unternehmen inzwischen auch durch US-Filialen bedienen. Sollte der schon einen historischen Tiefstand erreichende Dollarkurs noch weiter nachgeben, würde sich die (dadurch und aufgrund der steigenden Ölpreise) bereits wieder anziehende Inflationsrate und die jetzige rezessive Entwicklung beschleunigen.

Je länger der Anpassungsprozeß aber hinausgezögert wird, desto schwieriger wird er für die USA sowohl unter wirtschaftlichen als auch politischen Gesichtspunkten werden. Die Akkumulierung von langfristigen Leistungsbilanzdefiziten bedeutet, daß das Land sich verschuldet und daß es diese Verschuldung mit seinem nationalen Einkommen finanzieren müssen wird. Politisch wird es immer

fraglicher, wie lange die USA den internen Forderungen nach mehr Protektionismus noch standhalten können.

2. Tendenzen des Regionalismus

Nachdem die Fortschritte der fünfziger und sechziger Jahre im Hinblick auf die internationale Handelsliberalisierung durch die Zunahme der handelspolitischen Schutzmaßnahmen bereits verschenkt worden sind, mehren sich die Zeichen, daß sich die Strukturen der multilateralen Zusammenarbeit in Richtung regionale Blockbildung verändern.

Auch wenn das Programm zur Vollendung des EG-Binnenmarkts keine Abschottung bewirkt, so werden bereits vorhandene Handelsbarrieren nur fallen, wenn Drittländer gewisse Gegenleistungen erbringen. Diese Verhandlungsfähigkeit sowie die Behauptung der Gemeinschaft, mit dem Programm auch die globale Liberalisierung zu fördern, wird sich erst noch beweisen müssen. Bei den im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) laufenden Verhandlungen über eine weitere Handelsliberalisierung haben die USA ihre Führungsrolle behalten. Sollten diese Verhandlungen nur bescheidene Ergebnisse erzielen, nicht zuletzt auch weil die EG sich bei der Liberalisierung des Agrarhandels verhandlungsunwillig zeigt, wären die USA möglicherweise unter den ersten, die der multilateralen Zusammenarbeit den Rücken zukehren. Da sie den multilateralen Prozeß sowie das EG-Programm nur begrenzt beeinflussen können, gehen auch sie verstärkt ihre eigenen Wege. Das mit Kanada bereits vereinbarte und mit Mexiko derzeit diskutierte Freihandelsabkommen sowie die Initiative der Bush-Administration zur Vertiefung der Zusammenarbeit mit der gesamten westlichen Hemisphäre (Enterprise for the Americas) weisen auf eine regionale Ausrichtung der Außenwirtschaftspolitik der USA hin. Ob dies für die USA zusätzliches Wirtschaftswachstum schafft oder sie in einen „Schuldenblock“ von Ländern eingebunden werden, die Kapital importieren, chronische Budgetprobleme und geringe Investitionsraten ausweisen, ist eine offene Frage⁴⁾. Inzwischen vertiefen auch die im besonderen Maße auf die Märkte Europas und der USA angewiesenen Länder des asiatisch-pazifischen Raums aus rein defensiven Gründen ihre regionalen Beziehungen.

3. Nachlassender Technologievorsprung

Wenn die seit den siebziger Jahren verstärkt zur Beschränkung der Einfuhren von Industriegütern

⁴⁾ Vgl. Going global in the new world, in: Wall Street Journal vom 21. Oktober 1990, S. R3.

aus den Entwicklungsländern eingesetzten protektionistischen Maßnahmen die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der alten „smokestack“-Industrien bloßlegen, machen die im Dreieck USA-Japan-EG angesiedelten Handelskonflikte deutlich, daß die USA heute auch um ihre Spitzenposition im Hochtechnologiebereich kämpfen müssen.

Seit Kriegsende, als Europa und Japan Technologien aus den USA übernahmen, sind beide Wirtschaftspartner zu den schärfsten Konkurrenten der USA herangewachsen. Allerdings stellen die wirtschaftliche Dynamik Japans und seine Erfolge auf dem Weltmarkt für die USA eine besonders alarmierende Entwicklung dar. Da die EG über die Jahre hinweg ein Nettoimporteur von Hochtechnologieprodukten geblieben ist, konnten die USA noch in den siebziger Jahren einen kräftigen Exportüberschuß in diesem Bereich zum Ausgleich anderer Defizite in ihrer Leistungsbilanz erzielen. Wie aus Tab. 3 zu erkennen ist, schmolzen diese Überschüsse zwischen 1980 und 1986 dahin. Die USA haben ihre Position seitdem nur gegenüber der EG wieder festigen können.

Tabelle 3: US-Handelsbilanz bei Hochtechnologie-gütern (in Mrd. US-Dollar)

	1980	1985	1986	1987	1988
Welt	27,3	5,3	- 0,7	2,7	8,1
Industrie-länder	13,7	- 3,2	- 6,4	- 2,1	3,9
EG	11,3	8,0	8,2	11,2	16,1
Japan	- 3,6	-17,8	-21,1	-21,1	-22,3
Asiatische Schwellen-länder	- 0,4	- 4,5	- 6,6	- 8,7	9,6

Quelle: US-Department of Commerce, Washington 1990. Die asiatischen Schwellenländer sind: Hongkong, Südkorea, Singapur und Taiwan.

Die den Handel mit den asiatischen Schwellenländern auszeichnende Importschwemme ist zum Teil auf die Strategie amerikanischer Produzenten zurückzuführen, Produktionen und Teilfertigungen insbesondere von Massenelektronikwaren in die dortigen Billiglohnländer zu verlagern. Hingegen ist es Japan mit einer gezielten Politik der Innovationsförderung und Kommerzialisierung gelungen, die USA auf praktisch allen Märkten zurückzudrängen. So sind die USA immer noch Hauptlieferant der EG, mußten hier aber Marktanteile an Japan abgeben. Der diesbezügliche Wettbewerbsverlust der Industrie beschränkt sich auch nicht mehr auf einzelne Sektoren. Seit Beginn der achtziger Jahre

konnte Japan seinen Weltexportanteil bei der Mikroelektronik, der Telekommunikation und im Computerwesen ausbauen. Das spektakulärste Beispiel liefert die Halbleiterindustrie. Hier führten die USA vor zehn Jahren mit Abstand, aber Japan hat sich seitdem 51 Prozent des 59 Mrd. Dollar-Markts erobert, während auf die USA und Europa jeweils 35 und zehn Prozent entfallen⁵⁾.

Dieser Verlagerungsprozeß ist das Ergebnis nicht nur einer gezielt betriebenen industriepolitischen Förderung der Innovation in Europa und Japan. Unterschiedliche Entwicklungen in den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen spielen ebenfalls eine Rolle. Die USA haben ihre Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) seit den fünfziger Jahren stetig erhöht und sind hier führend. Davon fließt ein beträchtlicher Teil in den Verteidigungsbereich. Dies hat allerdings nicht verhindert, daß Rüstungslieferanten aus den Maschinenbau-, Elektronik- oder Luftfahrtindustrien Marktanteile verloren haben. Bei den Aufwendungen für zivile F&E liegen die USA schon seit Jahren hinter Japan und vielen europäischen Ländern, und der Abstand hat sich in den achtziger Jahren noch vergrößert. Auch bei gesamtwirtschaftlichen Indikatoren wie der Investitions- und Produktivitätsrate schneiden die USA schlechter ab. Wie ihre Zugewinne bei der Anzahl der Anmeldungen von Patenten andeuten, tun sich insbesondere die japanischen Unternehmen außerdem leichter, die Grundlagenforschung in kommerzielle Produkte umzusetzen.

Nach Meinungsumfragen glaubt die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung, daß Japan den USA

in Wissenschaft und Technologie bereits überlegen ist. Die protektionistischen Strömungen bekommen dadurch Auftrieb. Den Europäern fehlt ein vergleichbares Image in der amerikanischen Öffentlichkeit⁶⁾. Im Wettlauf um Spitzenpositionen im Hochtechnologiesektor haben sie in der Tat das Problem, sich sowohl gegenüber der japanischen als auch der amerikanischen Konkurrenz zu behaupten. Mit dem Programm zur Schaffung des Binnenmarkts sind deshalb auch Bemühungen verbunden, die eigenen Technologiegrundlagen zu stärken und zu erweitern. Die EG-Kommission und nationale Regierungen fördern vielfältige gemeinschaftliche Forschungsprojekte, befassen sich mit der Entwicklung einheitlicher technischer Normen (z. B. für das Fernsehen) und schaffen durch Zusammenschlüsse und Übernahmen große europäische High-Tech-Konglomerate. Empfindliche Reaktionen in den USA machen deutlich, daß die amerikanische Industrie von diesen Entwicklungen eine zusätzliche Verschärfung der Wettbewerbsbedingungen erwartet.

Amerikanische Administrationen haben bisher die Notwendigkeit einer gezielten Industriepolitik heruntergespielt. Doch findet das bei Beschwerden gegenüber Europa und Japan geltend gemachte Argument, eine staatliche Unterstützung kommerzieller Interessen habe sich im wesentlichen auf den Außenbereich zu beschränken, immer weniger Anhänger. Die Forderungen nach industriepolitischer Hilfe haben bereits bewirkt, daß mehr öffentliche Gelder in industrielle F&E-Programme fließen und Unternehmen an gemeinschaftlichen Entwicklungsprojekten experimentieren.

III. Das Problem der finanzpolitischen Abhängigkeit

Der internationale Kapitalverkehr beläuft sich heute auf ein Mehrfaches des internationalen Handelsaustausches und hat damit stark zur Verflechtung der nationalen Wirtschaften beigetragen. Als noch dramatischer hat sich allerdings die Beweglichkeit dieser Kapitalströme erwiesen. In den siebziger Jahren dominierte die Nord-Süd-Achse der Weltwirtschaft, weil die beiden Ölkrisen ein „recycling“ von Petrodollars über westliche Banken in die Entwicklungsländer auslösten. Seit den achtziger Jahren konzentrieren sich die Kapitalströme jedoch

auf die Industrieländer, und die divergierenden Wirtschaftspolitiken und Konjunkturentwicklungen in den USA einerseits sowie in Europa und Japan andererseits sind richtungsweisend geworden. Die USA haben sich von außen mit Kapital versorgt, sie sind dadurch aber viel abhängiger von den internationalen Finanzmärkten geworden und sehen sich gezwungen, ihre Wirtschaftspolitik den dort vorherrschenden Wettbewerbsverhältnissen anzupassen.

1. Der Abstieg zur Schuldnation

In den achtziger Jahren haben europäische und japanische Investoren einen Großteil der Außenhandelsüberschüsse dieser beiden Wirtschaftsräume in den USA angelegt, und die USA konnten diese

⁵⁾ Vgl. Asia/Pacific firm's share of chip market grows, in: Los Angeles Times vom 3. Januar 1990, S. D3.

⁶⁾ Vgl. What US scientists discover, the Japanese convert into profits, in: Wall Street Journal vom 25. Juni 1990, S. A1/10, sowie The 1990 EC Survey: US-European relations, in: European Affairs, 4 (1990) 3, S. 37-41.

Kapitaleinfuhren zum Eigenbedarf nutzen, den sie mit ihren eigenen Mitteln nicht decken können. Zwar konnte die Wirtschaftsexpansion auf diesem Wege trotz wachsender Haushalts- und Handelsbilanzdefizite aufrechterhalten werden. Doch brachte die damit verbundene externe Verschuldung die USA um ihre internationale Gläubigerposition. Heute ist das größte Gläubigerland der Welt Japan, die USA die größte Schuldernation.

Gemessen an der Größe ihrer Wirtschaft ist diese sich auf rund 700 Mrd. US-Dollar belaufende Auslandsverschuldung nicht hoch, problematisch ist aber die Strukturierung der Kapitalverwendung. Anstatt mehr Sachkapital zu akkumulieren und dadurch die Grundlagen für die zukünftige Wirtschaftsproduktion zu stärken, mit deren Hilfe die Schulden abgetragen werden können, erhöhten die USA vielmehr ihr Konsumverhalten und damit auch die Importnachfrage⁷⁾. Wie der Vergleich in Tab. 4 zeigt, stagniert die Kapitalbildung der USA seit den siebziger Jahren und liegt zudem deutlich unter dem Niveau der EG und Japans. Hätte diese geringe Investitionsleistung durch ein entsprechend großes Sparangebot gedeckt werden können, wären die USA nicht auf das Wohlverhalten des internationalen Kapitalmarktes angewiesen. Wie aus Tab. 4 weiter zu ersehen ist, hat sich ein seit den sechziger Jahren anhaltend rückläufiger Spartrend in den achtziger Jahren aufgrund des „deficit spending“ des Staats und der Mehrverschuldung des Privatsektors sogar verschärft fortgesetzt, so daß das Sparniveau damit ebenfalls unter dem der anderen Wirtschaftspartner liegt.

Tabelle 4: Bruttonote Kapitalbildung/Sparen (Prozent des BSP)

	1960	1970	1983	1988
USA				
Kapitalbildung	18,7	17,8	17,0	17,8
Sparrate	19,3	18,2	16,0	15,0
EG				
Kapitalbildung	24,1	25,8	19,7	20,7
Sparrate	24,3	25,8	19,7	20,8
Japan				
Kapitalbildung	32,9	39,0	28,3	31,2
Sparrate	33,4	40,0	30,2	33,3

Quelle: EG-Kommission, European Economy, Nr. 42 vom November 1980, S. 166.

Die Haushaltskonsolidierung wäre der direkteste Weg, um die nationale Sparrate anzuheben. Aber

7) Vgl. William R. Cline, American trade adjustment: The global impact, Washington 1989, S. 2f.

die Regierung hat die Chance verpaßt, die Jahre des Wirtschaftsaufschwungs hierfür zu nutzen. Nach anfänglichen Fortschritten droht der Haushalt mit einem Fehlbetrag von 220 Mrd. US-Dollar für das kommende Fiskaljahr nun erneut außer Kontrolle zu geraten.

Inzwischen hat sich die Konjunktur soweit abgeschwächt, daß die USA eine Konsumzügelung durch Rezession herbeiführen müssen. Sie könnte besonders schmerzlich werden. Zum einen fällt die Fiskalpolitik als Hauptstütze für eine konjunkturelle Stabilisierung aus. Zum anderen sind viele Unternehmen so verschuldet, daß eine Rezession sie besonders hart treffen würde. Dasselbe gilt auch für die amerikanischen Banken, die im internationalen Geschäft von den kapitalkräftigeren japanischen Konkurrenten bereits überholt werden⁸⁾. Eine Lockerung ihrer Geldpolitik können sich die USA aber ebensowenig leisten, weil sie unter den heutigen Bedingungen eines schärferen internationalen Kapitalwettbewerbs als Anlageland attraktiv bleiben müssen. Japan und innerhalb der EG vor allem die Bundesrepublik sind die wichtigsten Kreditgeber für die USA. Diese Quellen der Kapitalversorgung drohen nun aufgrund eines stärkeren Eigenbedarfs zu versiegen, denn der Wiederaufbau in der Ex-DDR, die Modernisierung Osteuropas und die steigenden Ölkosten schaffen zusätzliche Kapitalnachfrage.

2. Konkurrenzbestrebungen im Weltwährungssystem

Wenngleich die Ära amerikanischer Dominanz im Weltwährungssystem bereits zu Beginn der siebziger Jahre zu Ende ging, so könnte der wirtschaftspolitische Spielraum der USA aufgrund der abnehmenden Rolle des US-Dollars als internationale Leitwährung eine zusätzliche Begrenzung erfahren.

Mit dem Ende des Bretton-Woods-Systems fester Wechselkursparitäten gaben die USA ihre Rolle auf, als Hüter stabiler Währungsbeziehungen zu fungieren. Amerikanische Regierungen nutzten den hierdurch gewonnenen Freiraum, um eine binnenorientierte Wirtschaftspolitik zu betreiben, welche den Dollarkurs vernachlässigte und die internationalen Konsequenzen ignorierte. Aufgrund der nach wie vor dominierenden Rolle des US-Dollars im internationalen Zahlungsverkehr sahen sich die wichtigsten Handelspartner gezwungen, ihre eigenen Wirtschaftspolitiken an die Entwicklungen in den USA anzupassen. Die USA konnten dadurch auch einen Teil der Anpassungskosten, durch in-

8) Vgl. Barenuckle Banking, in: Time vom 30. Juli 1990, S. 48–50.

terne Wirtschaftsprobleme verursacht, auf ihre wichtigsten Handelspartner abwälzen.

Im Zuge der Liberalisierung der internationalen Kapitalflüsse sowie der verstärkten währungspolitischen Zusammenarbeit unter den EG-Ländern sind hier Veränderungen in Gang gekommen. Die starke Konzentration des internationalen Kapitalverkehrs auf die USA, Europa und Japan fördert ein bereits multipolares Währungssystem, bei dem die D-Mark und der Yen als alternative Leitwährungen zum Dollar auftreten. Darüber hinaus unterstützen die europäischen Regierungen vereinte Anstrengungen, um die eigenen wirtschaftspolitischen Ziele und den Integrationsprozeß der EG besser gegen destabilisierende Dollarfluktuationen zu schützen. Nachdem das 1978/79 gegründete Europäische Währungssystem (EWS) die Probe der Dollarauf- und -abwertungen der achtziger Jahre bestanden hat, würde die derzeit diskutierte Schaffung einer gemeinsamen Europäischen Währung (ECU) und einer gemeinsamen Notenbank dieses Gegengewicht zu den USA noch stärken und die Abhängigkeit vom US-Dollar verringern. Die Verdrängung des US-Dollars durch den ECU und den mit dem Aufstieg Japans zur globalen Finanzmacht ebenfalls an Bedeutung gewinnenden Yen würde den wirtschaftlichen Handlungsspielraum der USA empfindlich eingrenzen. Denn damit würde der Wettbewerb zwischen den Währungen viel härter und es für die USA schwieriger werden, einer internen finanzpolitischen Disziplin über die internationalen Kapitalmärkte auszuweichen.

3. Die Zunahme ausländischer Direktinvestitionen

Ist die Gesamtverschuldung bisher noch kaum in das Bewußtsein der Wähler gedrungen, so hat der damit verbundene Zustrom ausländischer Direktinvestitionen – vor allem eine Welle von spektakulären Übernahmen amerikanischer Unternehmen durch japanische Konkurrenten – eine emotional geführte Debatte um den „Ausverkauf“ der USA ausgelöst⁹⁾. Der größte Teil ausländischer Investitionen fließt in Wertpapiere und Bankguthaben. Aus Tab. 5 wird deutlich, daß der akkumulierte Gesamtwert der Direktinvestitionen zwischen 1980 und 1989 um das Sechsfache, von 65 Mrd. US-Dollar auf 401 Mrd. US-Dollar, zunahm. Da umgekehrt das Auslandsengagement amerikanischer Unternehmen zwischen 1980 und 1985 besonders schwach ausfiel, war der Bestand des ausländischen bzw. amerikanischen Investitionskapitals Ende 1989 etwa gleich groß (vgl. Tab. 6).

⁹⁾ Vgl. hierzu Thomas Omestad, Selling off America, in: Foreign Policy, (1989) 76, S. 119–140.

Tabelle 5: Ausländische Direktinvestitionen in den USA (in Mrd. US-Dollar)

	1966	1980	1985	1989
Welt	9,1	65	165	401
davon Europa	6,3	43	121	262
Japan	0,1	4	19	70
Kanada	2,4	10	17	32
Lateinamerika	0,2	7	17	20

Quelle: US Department of Commerce, Survey of Current Business, verschiedene Ausgaben.

Tabelle 6: US-Direktinvestitionen im Ausland (Gesamtstand in Mrd. US-Dollar)

	1966	1980	1985	1989
Welt	51,8	213	230	373
Industrieländer	36	158	171	279
davon Europa	16	96	105	177
Japan	0,7	6	9	19
Kanada	16	45	47	67
Entwicklungsländer	14	53	53	91
davon Lateinamerika	9	38	28	61

Quelle: US Department of Commerce, Survey of Current Business, verschiedene Ausgaben.

Obwohl die hier erfolgende internationale wirtschaftliche Verflechtung der USA Anlaß zur Sorge um die Souveränität des Landes gibt, sind solche Befürchtungen in mancher Hinsicht doch voreilig, wenn nicht sogar verfehlt. Ein großer und wachsender Anteil der gesamten Weltwirtschaftsaktivitäten entfällt auf die Auslandsproduktion von multinationalen Unternehmen. Die Auslandsfilialen amerikanischer Firmen produzierten bereits zu Beginn der siebziger Jahre mehr als die USA exportierten, und ihre Umsätze beliefen sich im Jahr 1987 auf mehr als eine Billion US-Dollar oder das Vierfache des gesamten amerikanischen Güterexports¹⁰⁾. Hinzu kommt, daß die Investitionsfreudigkeit japanischer Produzenten sowohl weltweit als auch in den USA von den Westeuropäern immer noch überflügelt wird. Daß für sie vom US-Markt eine größere Anziehungskraft ausgeht als etwa vom asiatischen oder europäischen Raum, erklärt sich aus dem Konsumboom, der seit 1985 einsetzenden dollarkursbedingten Verteuerung der japanischen Exporte und nicht zuletzt der Furcht, durch handelsprotektionistische Maßnahmen vom wichtigsten Absatzmarkt abgeschnitten zu werden.

¹⁰⁾ Zu diesen Angaben siehe Multiple Alliances, in: National Journal vom 11. November 1989, S. 2754–2758.

Würde sich die Verlagerung der Direktinvestitionen in Richtung US-Markt ungebremst fortsetzen, hätten die USA wegen des Wegfallens der Investitionserträge in der Leistungsbilanz noch größere externe Anpassungsprobleme. Doch dies dürfte kaum der Fall sein, zumal amerikanische Unternehmen jetzt wieder stärker in Europa investieren, um von den dortigen günstigen Wirtschaftsbedingungen zu profitieren und ihre Interessen nach der Einführung des Binnenmarkts 1993 wahrzunehmen. Dort herrscht aufgrund der langen Er-

fahrung als Gastland bei amerikanischen Großfirmen die pragmatische Auffassung, daß ausländische Niederlassungen entsprechend den Bedürfnissen des Gastlandes geleitet werden können. So versucht die EG-Kommission mit kombinierten handels- und industriepolitischen Regelungen über den Ursprung von Produkten und den lokalen Anteil der Wertschöpfung die Beschäftigungs- und Technologietransfervorteile ausländischer Niederlassungen zu maximieren.

IV. Auswirkungen des Verfalls amerikanischer Wirtschaftsmacht

Mit einer hohen Nachfrage nach Konsumgütern und Kapital standen die USA in den achtziger Jahren im Mittelpunkt der Weltwirtschaft. Heute ist ihre Exportleistung und damit der Weltmarkt die Hauptstütze ihres wirtschaftlichen Wohlergehens. Die Amerikaner fragen sich, ob sie in den neunziger Jahren nicht nur hinter Japan, sondern auch noch hinter einem wirtschaftlich dynamischeren und politisch selbstbewußteren Europa auf Platz drei landen werden.

Das allgemeine Gefühl der Unsicherheit in den USA über ihre zukünftige weltpolitische Rolle ist nicht unbegründet. In den Außenbeziehungen schränken die veränderten wirtschaftlichen Machtverhältnisse den finanzpolitischen Spielraum und das politische Einflußvermögen der USA bereits spürbar ein. Was die Wirtschaftsbeziehungen zu den Entwicklungsländern angeht, leistet nicht nur die EG, sondern inzwischen auch Japan mehr Entwicklungshilfe als die USA, und der größte Teil der zur Lösung des Verschuldungsproblems der Dritten Welt bereitgestellten Finanzmittel kommt ebenfalls aus Tokio.

Bei den Bemühungen um die Integration des Ostblocks in das Weltwirtschaftssystem haben unterdessen die Europäer eine führende Rolle übernommen. Ihre Regierungen haben Milliardenkredite zur Unterstützung der Wirtschaftsreformen bereitgestellt, das umfangreiche Hilfsprogramm der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in die Wege geleitet, und sie halten die Mehrheit ihres Kapitals. Ihr erfolgreiches Beharren auf einer zügigen Lockerung der Kontrollen für den Technologietransfer in den Osten zeigt, daß die USA nicht mehr das technologische Monopol besitzen und die Politik ihrer Verbündeten nur begrenzt kontrollieren können. Und schließlich kann das militärische Engagement der USA in der Golf-Krise, durch das sicherheitspolitische Belange und Machtunterschiede im militärischen Bereich wieder in den Vor-

dergrund der Außenbeziehungen gerückt sind, ihre wirtschaftliche Schwäche nicht verdecken, sondern es zeigt sich vielmehr, wie wichtig eine gesunde wirtschaftliche Basis für ein militärisches Engagement ist.

Noch schwerer tun sich die Amerikaner allerdings mit den internen wirtschaftspolitischen Anpassungen. Ein Konzept der Selbsterneuerung, wie es die Europäer im Binnenmarktprogramm gefunden haben, fehlt. Hierzu schlägt die Abkühlung der Konjunktur noch nicht genügend auf das Wohlbefinden der Bevölkerung durch. Wie ein amerikanischer Kommentator der politischen Szene unlängst klagte: „... the governments and people of Europe have a clearer sense of challenge and opportunity than we seem to have at home“¹¹⁾. Die mangelnde Anpassungsbereitschaft offenbart sich in den immer grotesker wirkenden politischen Auseinandersetzungen um haushaltspolitische Sparpakete sowie in der wachsenden Abwehrhaltung gegenüber der ausländischen Konkurrenz. Aber die Amerikaner haben in der Vergangenheit wiederholt bewiesen, daß sie in Zeiten der Krisen eine enorme innerlich vereinende Kraft entwickeln und Herausforderungen meistern können. So erbrachte die Bevölkerung während des Zweiten Weltkriegs große Opfer, und der sowjetische Erfolg mit dem Sputnik bewirkte eine beträchtliche Leistungssteigerung im Technologiebereich. Es ist zu hoffen, daß der Blick nach Europa und Asien auf ähnliche Weise für Ansporn sorgt.

In den kommenden Jahren wird sich die Weltwirtschaft weniger auf die amerikanische Wirtschaft stützen können. Angesichts der jetzigen konjunkturellen Schwäche und der Einengung ihrer Fiskalpolitik durch die Größe der Defizite in der Lei-

¹¹⁾ David S. Broder, *Torpid America, Vibrant Europe*, in: *The Washington Post* vom 23. Juli 1989, D7, sowie Shafique Islam, *Capitalism in conflict*, in: *Foreign Affairs*, 69 (1990) 1, S. 172–182.

stungsbilanz und im Haushalt werden die USA kaum zur globalen Nachfrage beitragen können. Vielmehr sind es jetzt die USA, die in einem besonderem Maße auf die Weltmärkte und auf Exporterfolge angewiesen sind. Somit wird ihre Abhängigkeit vom Außenhandel in den nächsten Jahren weiter zunehmen. Gleichzeitig werden die Auswirkungen einer Konsolidierung des Staatshaushaltes und der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit oder einer Rezession die gleichen sein. Die USA werden sich mehr mit sich selbst beschäftigen. Es ist deshalb wichtig für die USA und die Weltwirtschaft, daß Europa und Japan ihr Wachstum aufrechterhalten und insbesondere Japan seinen Markt weiter öffnet.

Beides wird möglicherweise nicht verhindern, daß es zu einer Rezession in den USA kommt, dürfte aber ihre globalen Auswirkungen bremsen. Vor allem sind beide Wirtschaftsräume in einer vergleichsweise günstigen Lage, sich selbst geschützt zu halten. Die EG hat einen großen Binnenmarkt, eine hohe Investitionsrate und finanzpolitischen Spielraum. Japan versucht, durch binnenwirtschaftliche Umstrukturierung und Diversifizierung seiner Wirtschaftsbeziehungen – vor allem im asiatischen Raum – seine Abhängigkeit von den USA zu vermindern. Ein Vergleich der jeweiligen Wirtschaftsentwicklungen in den drei Regionen während der Rezessionen von 1966/67, 1974/75 und 1981/82

macht deutlich, daß Japan sein Wirtschaftswachstum aufrechterhalten konnte und die Einbrüche in der EG weniger drastisch ausfielen als in den USA. Der Unterschied erklärt sich zum Teil aus der unterschiedlichen Prioritätensetzung in der Wirtschaftspolitik. In Japan und Europa setzt man auf Stabilität. In den USA hat Wachstumspolitik einen hohen politischen Stellenwert, führt aber auch zu besonders scharfen Schwingungen im nationalen Konjunkturzyklus. Für Europa gilt außerdem, daß es sich im Zuge der Wirtschaftsintegration immer mehr von der Weltwirtschaft unabhängig gemacht hat.

Die größere Unabhängigkeit Europas, die vergleichsweise noch geringere Importneigung Japans und die sich hieraus für die USA ergebende Folgerung, zum Abbau ihres externen Ungleichgewichts auch andere Märkte wie insbesondere Lateinamerika hinzuziehen zu müssen, läßt darauf schließen, daß in den kommenden Jahren keine dieser drei Mächte allein im Zentrum der Weltwirtschaft stehen wird. Damit wird sich wohl der Trend zur Regionalisierung der Weltwirtschaft eher verstärken. Großangelegte Initiativen zur Steuerung des internationalen Strukturwandels sind deshalb weder von den USA noch von den beiden anderen Wirtschaftsmächten zu erwarten.

Die USA und der politische Wandel in Europa

Durch die revolutionären Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa, die seit dem Herbst 1989 die internationale Öffentlichkeit in ihren Bann schlagen, sehen sich die Vereinigten Staaten im ungewohnten Windschatten des weltpolitischen Geschehens. In die Genugtuung über den Erfolg freiheitlich-demokratischer Ideen mischen sich etliche Selbstzweifel über Amerikas langfristige Führungs- und Wettbewerbsfähigkeit. Im Wettlauf um die Position der zukünftigen „Nummer eins“ gelten Japan und die Europäische Gemeinschaft als besonders dynamische Herausforderer.

Washington ist in seinem Selbstverständnis verunsichert. In der langen Nachkriegsära der bipolaren

Supermachtdominanz daran gewöhnt, ständig im Scheinwerferlicht der weltpolitischen Entscheidungsprozesse zu stehen, machen sich angesichts der folgenreichen Umbrüche in Europa bei manchen Akteuren und Beobachtern „Entzugserscheinungen“ bemerkbar.

Das ist kaum verwunderlich; denn noch immer weist Washington unter allen Hauptstädten der Welt die höchste Mediendichte auf, und nirgendwo sonst sind so viele politische Forschungs- und Beratungsinstitute zu finden. Sie mußten sich seit Ende 1989 häufiger mit internationalen Ereignissen auseinandersetzen, bei denen Washington eher eine Zuschauerrolle zu spielen schien.

I. Die veränderte weltpolitische Position der USA

In den kommenden Jahren wird die Rolle der Vereinigten Staaten in der Weltpolitik wesentlich durch zwei strukturelle Entwicklungen bestimmt werden. Zunächst schränkt die Herausbildung eines weltweiten politischen und ökonomischen Interaktionssystems auch die Rolle der Weltmächte erheblich ein. Dies relativiert aber keinesfalls eine der vorrangigen Aufgaben der Staaten, die darin besteht, territoriale Integrität und politische Selbstbestimmung nach außen abzusichern. Dennoch haben moderne Kommunikationstechniken, Kooperationsbeziehungen vielfältiger Art und neue Transportmittel das Ausmaß wechselseitiger Abhängigkeit sprunghaft ansteigen lassen. In dem sich formierenden transnationalen Handlungsrahmen können sich Menschen, Ideen, technisches Wissen und Kapital mit ständig zunehmender Intensität bewegen.

Da die Bewahrung einer angemessenen Verteidigungsfähigkeit, die Vertiefung der Ost-West-Beziehungen sowie die damit verbundene Entschärfung regionaler Krisenherde den Frieden auf der nördlichen Erdhalbkugel weiter festigen werden, gewinnt heute die wirtschaftliche Leistungskraft als Maßstab für die Machtposition und den Einfluß von Staaten einen höheren Stellenwert¹⁾. Wirtschaftliche Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit hängen

jedoch von der festen Einbindung in den rasch expandierenden transnationalen Prozeß des freien Flusses und Austausches von Waren, Dienstleistungen, Investitionen, elektronischer Kommunikation und menschlichem Wissen ab.

Eine zweite Entwicklung, die die künftige Rolle der Vereinigten Staaten in der Weltpolitik und im Weltwirtschaftssystem entscheidend mitprägen wird, ist die neue multipolare Machtverteilung im internationalen Staatensystem. Unterhalb der nuklearstrategisch-sicherheitspolitischen Ebene der Bipolarität bilden die Staaten und Staatengruppen je nach Sachbereich und je nach Region unterschiedliche, zum Teil wechselnde multipolare Konfigurationen: Gesamtpolitisch handeln die Weltmächte USA und UdSSR mit ihren eigenständig auftretenden Bündnispartnern; im weltwirtschaftlichen und handelspolitischen Bereich die OECD-Staaten, die Reformstaaten Osteuropas, die Gruppe der 77 sowie die Volksrepublik China.

Innerhalb der westlichen Industriestaaten dominiert die trilaterale Gruppierung Nordamerika-EG-Japan, die neben der Abhaltung währungs- und handelspolitischer Tagungen regelmäßige Gipfelkonferenzen organisiert. Hinzu kommen regionale staatliche Zusammenschlüsse (EG, ASEAN, OAU, OAS, Arabische Liga u. a.), die neben ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zunehmend politische Koordinationsaufgaben übernehmen. Diese vielschichtige Verflechtung der internationalen Be-

¹⁾ Vgl. Karl Kaiser, Die Rolle der Vereinigten Staaten in der Welt im nächsten Jahrzehnt, in: Europa-Archiv, (1988) 24, S. 699.

ziehungen schränkt auch den außenpolitischen Handlungsspielraum der beiden Weltmächte erheblich ein. Kein einzelner Staat, keine Staaten-gruppierung und auch keine der beiden Weltmächte vermag allein und unilateral eine stabile internationale Friedensordnung zu errichten.

Vor diesem Hintergrund wird sich die amerikani-sche Regierung entscheiden müssen, wie sie die weltweiten außenpolitischen Verpflichtungen und die gesunkene wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der USA in Einklang bringt²⁾. Die Vereinigten Staaten haben ihre wirtschaftliche und politische Vormachtstellung der ersten Nachkriegsjahrzehnte verloren. Seit 1985 haben sie sich vom größten Gläubigerland zum Land mit der höchsten Auslandsverschuldung entwickelt. Die Zunahme der Auslandsverschuldung ist im wesentlichen auf den Erwerb amerikanischer Schatzpapiere und anderer Wertpapierkäufe ausländischer Anleger sowie auf verstärkte Direktinvestitionen ausländischer Un-ternehmen zurückzuführen³⁾. In den Vereinigten Staaten vollzieht sich seit einiger Zeit eine Debatte über die Finanzierbarkeit der eigenen Weltmacht-rolle, die weniger durch isolationistische Neigun-gen, sondern eher durch Mangel an Ressourcen untergraben wird. Die weltpolitische Rolle der USA ist unmittelbar abhängig von der Leistungs-kraft und Innovationsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft, d. h. Außen- und Wirtschaftspolitik be-dingen einander in zunehmendem Maße.

Die ständige Kürzung der Haushaltsmittel beginnt bereits, bilaterale politische Beziehungen von gro-ßer Bedeutung zu komplizieren und Zweifel daran zu nähren, ob die Vereinigten Staaten in der Lage sein werden, bestimmte militärische und politische

Verpflichtungen auch künftig zu erfüllen⁴⁾. Ob und in welchem Maße die Vereinigten Staaten fähig bleiben, auf Ereignisse und Vorgänge jenseits der eigenen Grenzen Einfluß zu nehmen und den Wohlstand im eigenen Land zu sichern, wird erheb-lich davon abhängen, wie rasch sie ihre wirtschaft-liche Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit wieder-herstellen können.

Die Auslandsverschuldung der USA läßt heute die Lasten der Weltmachtrolle höher erscheinen als ihre Vorteile. Für die amerikanische Bevölkerung wird dies vor allem an folgenden Tatbeständen deutlich:

– der Abhängigkeit von Kapitalzuflüssen aus dem Ausland sowie dem Aufkauf amerikanischer Un-ternehmen und Immobilien als Begleiterscheinung;

– dem Fehlbetrag in der Leistungsbilanz, der auch unter verbesserten außenwirtschaftlichen Bedin-gungen nur durch strukturelle Anpassungsprozesse der amerikanischen Wirtschaft und Konsumein-schränkungen im Inland verringert werden kann;

– dem Defizit im Bundeshaushalt, das durch Aus-gabekürzungen und/oder Steuererhöhungen ver-mindert werden muß; gerade dies wirft die Frage auf, ob die vielfältigen Bürden einer militärischen Supermacht noch zu finanzieren sind;

– der wachsenden Rolle Japans und einiger ASEAN-Staaten auf dem amerikanischen Markt, die belegt, daß die Führungsposition der US-Indu-strie im internationalen Technologiewettbewerb mit Japan und Westeuropa zunehmend ausgehöhlt wird⁵⁾.

2) Vgl. Ernst-Otto Czempel, *Machtprobe – Die USA und die Sowjetunion in den achtziger Jahren*, München 1989, S. 359 ff.; Paul Kennedy, *The Rise and Fall of the Great Powers: Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000*, New York 1987.

3) Vgl. Elke Thiel, *Konflikt und Kooperation: Die Wirt-schaftsbeziehungen Europa-Amerika*, in: *Außenpolitik*, (1989) III, S. 276.

4) Vgl. Henry Kissinger/Cyrus Vance, *Bipartisan Objectives for American Foreign Policy*, in: *Foreign Affairs*, (1988) 5, S. 911.

5) Vgl. E. Thiel (Anm. 3), S. 276; dazu auch Daniel Yanke-lovich/Richard Smoke, *America's „New Thinking“*, in: *Foreign Affairs*, (1988) 1, S. 1 ff. sowie Michael Aho/Marc Levinson, *The Economy After Reagan*, in: *Foreign Affairs*, 67 (1988/89) 2, S. 10 ff.

II. Die Neugestaltung der amerikanischen Rolle in Europa

Diese weltwirtschaftlichen und politischen Strukturveränderungen haben die Vereinigten Staaten zu einer Neuorientierung und damit zu einer neuen Rollendefinition — insbesondere im Ost-West-Verhältnis — gezwungen. Seit Ende der achtziger Jahre verändern vier grundlegende, zum Teil miteinander verknüpfte Wandlungsprozesse das Ost-West-Beziehungsmuster⁶⁾:

- die wirtschaftliche und politische Strukturreform in der Sowjetunion,
- die demokratischen Reformprozesse in den kleineren Staaten Mittel- und Osteuropas,
- der Integrationsprozeß innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und
- die Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

Die Parallelität und kumulative Wirkung dieser Wandlungsprozesse verändern die politische Struktur Europas und die Rolle der USA in Europa. Gegenwärtig wird die weltpolitische Führungsrolle der USA im Weißen Haus, im Kongreß und von außenpolitischen Experten neu eingeschätzt. Man betrachtet es als notwendig, einen gleichberechtigten und kooperativen Umgangsstil mit den Staaten Westeuropas zu pflegen. Vor diesem Hintergrund wird die Charakterisierung der EG und der Bundesrepublik als „Partner in der Führung“ verständlich⁷⁾. Dieser partnerschaftlichere Stil findet in Washington breite Unterstützung und kann als außenpolitische Entsprechung zum innenpolitischen, auf Kompromiß und Ausgleich bedachten Umgang mit dem demokratisch bestimmten Kongreß gedeutet werden. Während dieser Stil nach den ideologischen Kontroversen der Reagan-Ära zwar innenpolitisch beruhigend wirkt und für hohe Akzeptanzwerte sorgt, ist er allerdings auch wenig spektakulär und neigt nicht zu konzeptionell-gestalterischen Innovationsschüben. Zudem bedeutet der partnerschaftlichere Ansatz, daß sich die Regierung Bush in ihrer Politik gegenüber Krisenregionen größere Zurückhaltung auferlegt und weniger als machtvoller Problemlöser auftritt. Anstöße zu Konfliktlösungen und Erneuerungen in jenen Weltregionen, in denen die USA strategische Interessen haben, sollen von den regionalen Eliten selbst entwickelt und getragen werden⁸⁾.

⁶⁾ Vgl. Jeanne J. Kirkpatrick, *Beyond The Cold War*, in: *Foreign Affairs*, (1989/90) 1, S. 1 f.

⁷⁾ Siehe die beiden programmatischen Europa-Reden von Präsident Bush, in: *Amerika Dienst* vom 24. und 31. Mai 1989.

⁸⁾ Vgl. Manfred Stinnes, *Die amerikanische Europa-Politik und die Ost-West-Beziehungen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 45/89, S. 23.

Diese zurückgenommene, weniger imperiale Rolle gilt Kritikern im Kongreß häufig als konzeptionell unausgereift und allzu vorsichtig. Bezogen auf Polen und Ungarn erklärt dies, warum der Kongreß größere Beträge als Bush zur Unterstützung des Reformprozesses in diesen Staaten durchgesetzt hat⁹⁾. Das Drängen des Senats nach lückenloser Verifizierung sämtlicher Abrüstungsmaßnahmen erschwert es der US-Regierung, rasch unterschriftsreife Verhandlungsergebnisse zu erzielen, und zwingt sie zu einem behutsamen Vorgehen.

Von Anfang an war die Regierung Bush bemüht, Kontinuität in der Gestaltung der Beziehungen zur Sowjetunion zu betonen, um auf dieser Grundlage die Möglichkeiten einer erweiterten Zusammenarbeit zu erproben. Doch in bewußter Abkehr von seinen Vorgängern sprach Bush von einer Politik jenseits der Eindämmung, die kooperative Beziehungen auf möglichst vielen Sachgebieten anstrebt. In den Abrüstungsverhandlungen mit der UdSSR hat die amerikanische Seite weitreichende Reduzierungsangebote vorgelegt, die nicht nur von den Bündnispartnern einmütig unterstützt, sondern auch von der sowjetischen Führung wohlwollend aufgenommen worden sind.

In den Handelsbeziehungen bot Bush der Sowjetunion den Meistbegünstigungsstatus an, wenn Auswanderungsgesetze gemäß den internationalen Standards gesetzlich festgelegt werden¹⁰⁾. Ein bedeutsamer Gradmesser für die Ost-West-Entspannung auf diesem Gebiet war die Bonner KSZE-Wirtschaftskonferenz mit 35 Teilnehmerstaaten. In dem einstimmig verabschiedeten Abschlußdokument bekennen sich auch die Staaten Mittel- und Osteuropas zum ersten Mal zur Marktwirtschaft und zum Privateigentum¹¹⁾.

Der politische Umbruch in Mittel- und Osteuropa beschränkt sich nicht nur auf den innenpolitischen Demokratisierungsprozeß innerhalb dieser Gesellschaften, sondern strahlt über deren Grenzen hinaus und erlangt damit eine gesamteuropäische, ja globale Dimension. Dieser demokratische Erneuerungsprozeß beraubt den einst monolithischen Ostblock seiner politisch-ideologischen Existenzgrundlage — des aufgezwungenen kommunistischen Systems unter der Vormachtstellung der Sowjetunion — und führt zu einer neuen politischen Konstellation in Europa. Die daraus erwachsenden Herausforderungen veranlassen die Weltmächte

⁹⁾ Vgl. ebd.

¹⁰⁾ Vgl. *Europa-Archiv*, (1989) 12, S. D 331 ff.

¹¹⁾ Vgl. *Süddeutsche Zeitung* vom 12./13. April 1990.

zur Überprüfung und Neuformulierung ihrer Osteuropapolitik.

Einerseits hatten sich die Vereinigten Staaten nie mit der Teilung Europas nach 1945 abgefunden und erklärten die Überwindung dieses Zustandes sowie die Demokratisierung Osteuropas zum Ziel ihrer Europapolitik. Andererseits ließen sich sämtliche amerikanische Regierungen in der Gestaltung ihrer Ostpolitik seit Beginn des Kalten Krieges von der Grundüberzeugung leiten, daß die Nachkriegsordnung in Europa zwar nicht gerecht war, aber eine gewisse Stabilität erreicht hatte und sie weiterhin verbürgte. Seit der sogenannten Politik des Brückenschlags unter Johnson haben die USA eine differenzierte Politik gegenüber den einzelnen osteuropäischen Staaten betrieben. Diese Politik richtete sich nach dem Grad der politischen und wirtschaftlichen Freizügigkeit und nach der Achtung der Menschenrechte in dem jeweiligen Land.

Nicht nur die innenpolitische, sondern auch die außenpolitische Emanzipation der osteuropäischen Staaten bildet heute eine der Folgen und zugleich einen der Bestandteile des Wandels in Osteuropa. Zum ersten Mal treten diese Staaten als souveräne und selbständige Handlungsträger in der internationalen Politik auf. Ihre westlichen Partner sehen sich damit ganz neuen Herausforderungen gegenüber. Während die Vereinigten Staaten an ihrer differenzierten Politik gegenüber Osteuropa festhalten, werden einzelne Staaten – in erster Linie Polen, Ungarn, die ČSFR und bis Oktober 1990 die DDR – zunehmend als souveräne Partner der USA behandelt¹²⁾. Präsident Bush hat wiederholt die historische Dimension der Veränderungen in Mittel- und Osteuropa unterstrichen und die Unterstützung der USA für den Reformprozeß bekräftigt.

Der Wandel der sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen in Europa verlangt Änderungen in der Organisation politischer Stabilität und militärischer Sicherheit. Es geht um die Herstellung einer neuen Balance der Kräfte und Potentiale in Europa sowie um einschneidende Rüstungsverminderung nach dem Abflauen des Ost-West-Konflikts. Im sicherheitspolitischen Bereich wirkt sich der Wandel in Osteuropa insbesondere auf die vorsichtige Überprüfung der militärischen Stärke und politischen Handlungsfähigkeit der UdSSR und ihrer Verbündeten aus. Es erscheint fraglich, wieviel von ihrem mühsam erworbenen Weltmachtstatus die Sowjet-

union in den neunziger Jahren behaupten kann. Zwar ist sie noch zur globalen Projektion militärischer Macht fähig, doch in der politischen und wirtschaftlichen Abstützung ihrer Verbündeten sind der sowjetischen Politik durch die angespannte Wirtschafts- und Versorgungslage im eigenen Land enge Grenzen gesetzt. Hinzu kommen Nationalitätenkonflikte und Autonomiebestrebungen, die nicht nur den sowjetischen Staatsverband aushöhlen, sondern auch – wie im Falle der baltischen Staaten – die Beziehungen zwischen den Weltmächten belasten. Da die Sowjetunion aber auf direkte militärische Einmischung in den Reformprozeß und auf gezielten politischen Druck auf die osteuropäischen Regierungen verzichtet hat, schwächte sie ihre eigene Machtposition in Osteuropa. Dies führte wiederum zu zentrifugalen Tendenzen und nachlassendem Zusammenhalt innerhalb des Warschauer Pakts. Der Rückzug sowjetischer Stationierungstruppen aus den Warschauer-Pakt-Staaten liegt für die UdSSR in der Konsequenz ihrer Nicht-Interventionspolitik. Diese Einschätzungen sowie die Feststellung amerikanischer Fachleute und Politiker, daß der Reformprozeß in Osteuropa die militärische Bedrohung für den Westen vermindert, beeinflussen die Pläne für eine Reduzierung amerikanischer Streitkräfte in Europa.

Als konzeptionelle Antwort der Regierung Bush auf die neue politische Konstellation in Europa kann der von Außenminister Baker am 12. Dezember 1989 in Berlin formulierte „neue Atlantizismus“ gelten¹³⁾. Er entspringt der amerikanischen Einsicht, daß der Wandel in Osteuropa kein Anlaß für ein verringertes europäisches Engagement der USA ist. Die Antwort der Vereinigten Staaten auf die sich herausbildende neue Lage in Europa beinhaltet in erster Linie Anregungen zur Umwandlung der NATO in eine stärker politisch orientierte Organisation, die ihre Funktion als wichtigste transatlantische Verbindungsstelle behalten soll. Die Atlantische Allianz kann wegen ihrer auf der Freiwilligkeit und demokratischen Verfassung der Mitglieder beruhenden Anpassungsfähigkeit als Baustein der neuen europäischen Friedensordnung dienen. Als politische Organisation kann die NATO u. a. folgende Aufgaben übernehmen:

– die Steuerung eines kontrollierten Abrüstungsprozesses in Europa,

– die Bewahrung einer westlichen Abwehrbereitschaft als Versicherungspolice gegen Rückschläge

¹²⁾ Vgl. Olga Alexandrova, Auswirkungen auf die amerikanische Ostpolitik, in: Heinrich Vogel (Hrsg.), Umbruch in Osteuropa. Interdependenzen und Konsequenzen, Sonderveröffentlichung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Januar 1990, S. 68 f.

¹³⁾ Siehe dazu die programmatische Berliner Rede Außenminister Bakers, in: Amerika Dienst vom 13. Dezember 1989, S. 3.

in den demokratischen Reformprozessen Osteuropas,

– die Stärkung politischer und wirtschaftlicher Bindungen mit Osteuropa und

– die vertragliche Absicherung der amerikanischen Anwesenheit in Europa.

Im Unterschied zum Warschauer Pakt ist die westliche Allianz reformfähig und stabilitätsfördernd. Sie ist durchaus in der Lage, sich an die Bedingungen des neuen Sicherheitssystems anzupassen, in der die nichtmilitärischen Komponenten der Sicherheit eine größere Bedeutung erlangen werden. Die NATO soll in dieser Konstellation dasjenige Forum sein, in dem die westlichen Nationen mit Blick auf Abrüstungsverhandlungen sowie bei der Verdichtung der Zusammenarbeit zwischen Ost und West einvernehmliche Positionen erarbeiten und umsetzen. Die Atlantische Allianz gilt insofern als optimaler Rahmen für die intergouvernementale Koordination westlicher Sicherheits- und Abrüstungspolitik.

Die europäischen Bündnispartner der USA müssen bei der Bewältigung dieser Aufgaben mehr Verantwortung als bisher übernehmen, auch wenn eine amerikanische Präsenz unverzichtbar bleiben wird: einmal als Gegengewicht und Sicherheitsgarant; zum zweiten, um so das amerikanische Interesse an der Gestaltung einer stabilen europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung zu dokumentieren. Obwohl es in den Vereinigten Staaten eine breite Unterstützung für die Verminderung amerikanischer Truppen in Europa gibt, fordert nur die politische Peripherie den vollständigen Abzug. Deren Druck würde aber wachsen, wenn der Eindruck entstünde, daß die Präsenz der Amerikaner und ihre Sicherheitsgarantien nicht mehr erwünscht sind. Die europäischen Allianzpartner müssen entscheiden, ob sie ihr Gewicht durch vermehrte Integration, durch Herstellung einer Politischen Union oder durch den Ausbau der Westeuropäischen Union verstärken wollen. In jedem Fall wäre die Teilnahme eines vereinigten Deutschland von entscheidender Bedeutung.

Die Auswirkungen des politischen Wandels in Osteuropa auf die amerikanische Europa- und Ostpolitik kommen auch in einem neuen Verständnis wichtiger europäischer Institutionen wie der Europäischen Gemeinschaft und des KSZE-Prozesses zum Ausdruck. Aus amerikanischer Sicht nimmt die EG eine Doppelfunktion wahr: Zum einen dient sie als wirtschaftliche Stütze der transatlantischen Zusammenarbeit, zum anderen als Hauptinstrument der Kooperation mit Osteuropa und der Eingliederung der osteuropäischen Staaten in die

wirtschaftliche und politische Neugestaltung Europas¹⁴⁾.

Die USA suchen die enge politische Abstimmung mit dem Wirtschaftskonkurrenten EG, weil sie die Zwölfergemeinschaft als dynamischen Kern eines supranationalen Beziehungsgeflechts betrachten, in das auch die neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas eingebunden werden wollen. Ansätze einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik machen es nach amerikanischer Auffassung um so dringlicher, verlässliche politische Kommunikationskanäle einzurichten.

Die Entwicklung zur Politischen Union der Zwölf wertet man in der amerikanischen Regierung als Indiz, daß die EG eine „europäische Identität“ anstrebt. Während Europa als Machtfaktor anerkannt wird, hat sich die Aufregung über mögliche schädliche Auswirkungen des Binnenmarktes auf die transatlantischen Handelsbeziehungen gelegt. Das amerikanische Interesse gilt der politischen Zusammenarbeit und der Möglichkeit eines gemeinsamen Managements des Wandels in Europa, bei dem EG und NATO als Hauptakteure auftreten¹⁵⁾. Die entscheidende Aufgabe der Atlantischen Allianz liegt darin, Amerika an Europa zu binden; dies bleibt nach Ansicht aller europäischen Staaten und auch der Sowjetunion eine Bedingung europäischer Stabilität. Der Wandel, der mit einem Bedeutungsverlust des militärischen Machtfaktors einhergeht und eine Verringerung amerikanischer Streitkräfte zur Folge hat, soll nicht dazu führen, daß Amerika politische Mitwirkungsmöglichkeiten auf der europäischen Seite des Atlantiks verwehrt werden.

Die Regierung Bush will zudem die EG im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) stärker in die Regelung globaler Probleme (z. B. Umweltschutz, Bekämpfung des Drogenhandels, Eindämmung des Rüstungstransfers in weltpolitische Krisenregionen) einbeziehen¹⁶⁾. Dies entspricht der amerikanischen Auffassung, daß Europa mehr Verantwortung in der internationalen Politik übernehmen soll. Mit Blick auf die eigenen knappen Ressourcen nimmt man es in den USA billigend hin, daß damit ein weiterer Schritt aus der bipolaren Nachkriegsordnung heraus getan wird. Sollte die Politische Union zum 1. Januar 1993 verwirklicht werden, entstünde ein Akteur mit weltpolitischen Ambitionen und Interessen, der nicht nur als Konkurrent, sondern auch als Mitspieler der Vereinigten Staaten in der Gestaltung der internationalen Politik agieren könnte.

¹⁴⁾ Vgl. O. Alexandrowa (Anm. 12), S. 71.

¹⁵⁾ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. April 1990.

¹⁶⁾ Vgl. ebd.

Neben der NATO und der EG wird der KSZE-Prozeß als dritter wichtiger Baustein der europäischen Friedensordnung angesehen. Im KSZE-Rahmen soll die Ost-West-Zusammenarbeit in den drei Schwerpunktbereichen Sicherheit, Wirtschaft und Menschenrechte ausgebaut werden. Die Verzahnung der gesamteuropäischen und transatlantischen Zusammenarbeit in bewährten multilateralen europäischen Institutionen, die auch die USA und Kanada als aktive Teilnehmer einbinden, kann zur Überwindung der Teilung Europas wesentlich beitragen.

Lange Zeit wurde der Nutzen des KSZE-Prozesses in Washington skeptisch beurteilt; dies hat sich inzwischen grundlegend geändert. Es wird anerkannt, daß die Schlußakte von Helsinki demokratischen Gruppen in Mittel- und Osteuropa die Legitimationsgrundlage für ihre Forderungen nach Menschenrechten, politischen Freiheiten und der Aufhebung der Reisebeschränkungen geboten hat. Zum Teil läßt sich dieser Einstellungswandel auch mit der Einsicht in die wirtschaftlichen Leistungsgrenzen der amerikanischen Weltmachtposition erklären. Zudem entspringt er dem Bewußtsein da-

für, daß die KSZE den Vereinigten Staaten ein ständiges Standbein und damit Chancen der politischen Mitwirkung und Mitgestaltung in Europa eröffnet.

Die USA haben ihre Skepsis gegenüber dem KSZE-Prozeß in dem Maße verloren, in dem sie erkennen, daß neue Aufgaben und Institutionen innerhalb des KSZE-Rahmens nicht zu Lasten der westlichen Allianz gehen werden. Sie wollen aber ihr sicherheitspolitisches Engagement in Europa nicht von dem Erfordernis der Einstimmigkeit im Kreis von 35 Nationen abhängig machen – und damit von einem Veto des Vatikans oder der Republik Malta¹⁷⁾. Die KSZE ist geeignet, die vorhandenen Bündnisstrukturen zu ergänzen, nicht aber abzulösen. Die Forderung nach Auflösung der Bündnisse und deren Ersetzung durch die KSZE stößt deshalb in Washington auf Verwunderung und Beunruhigung. Während eine Anpassung der NATO an die eingetretenen militärischen und politischen Veränderungen auf dem Kontinent unerlässlich ist, muß dies im Einklang mit der Aufgabe bleiben, Rückschläge zu vermeiden und die raschen Wandlungsprozesse in Europa in stabilen Bahnen zu halten.

III. Die Vereinigten Staaten und die Deutsche Frage

Die USA traten seit jeher für die Beendigung der Teilung Europas und Deutschlands ein. Dabei gingen sie von demokratischen und völkerrechtlichen Normen aus und betrachteten das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen als unveräußerlich. In der amerikanischen Wahrnehmung der Deutschen Frage waren Begriffe und Überlegungen wie „Bedrohung“ oder „unerwünschte, aber unvermeidliche Konsequenzen der deutschen Einheit“ nicht präsent¹⁸⁾.

Die Position der amerikanischen Regierung in der Deutschen Frage wurde Ende 1989/Anfang 1990 von Bush und Baker in einem Vier-Punkte-Plan zusammengefaßt:

- 1) Die Selbstbestimmung müsse ohne Vorwegnahme des Ergebnisses angestrebt werden. Die USA sollten zu dem Zeitpunkt weder eine bestimmte Vision der Einheit unterstützen noch ausschließen;
- 2) die Vereinigung beider deutscher Staaten solle sich im Kontext einer fortgesetzten Verpflichtung der Bundesrepublik gegenüber der NATO und einer zunehmend integrierten Europäischen Gemein-

schaft sowie mit gebührender Rücksicht auf die rechtliche Rolle und Verantwortung der Alliierten Mächte vollziehen;

- 3) im Interesse der politischen Stabilität Europas müsse die Herstellung der deutschen Einheit friedlich erfolgen und Teil eines schrittweisen Prozesses sein;

- 4) im Hinblick auf Grenzfragen wiederholten die USA ihre Unterstützung für die Prinzipien der Schlußakte von Helsinki¹⁹⁾.

Der auffallendste Aspekt dieser vier Bedingungen lag darin, daß zwischen den Prinzipien eins und zwei ein logischer Widerspruch bestand. Wenn die beiden deutschen Staaten ihre Selbstbestimmung ohne Vorwegnahme des Ergebnisses verfolgt hätten, hätten sie sich theoretisch auch für ein neutrales Gesamtdeutschland entscheiden können; genau diese Option schloß Prinzip zwei aus²⁰⁾. Diesen logischen Widerspruch nicht zu einer realen Möglichkeit der Weltpolitik werden zu lassen, bildete den Kern der amerikanischen Deutschlandpolitik. Ganz im Sinne der amerikanischen Interessenlage

¹⁹⁾ Vgl. die Rede Bakers (Anm. 13), S. 8, sowie Michael H. Haltzel, Amerikanische Einstellungen zur deutschen Wiedervereinigung, in: Europa-Archiv, (1990) 4, S. 129.

²⁰⁾ Vgl. ebd., S. 130.

¹⁷⁾ Vgl. Die Zeit vom 23. März 1990.

¹⁸⁾ Vgl. O. Alexandrova (Anm. 12), S. 71.

haben sich aber beide deutsche Regierungen von Beginn an für die Einbindung des Vereinigungsprozesses in europäische Zusammenhänge sowie für eine NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands ausgesprochen.

Zwei Stabilitätsbedingungen waren aus amerikanischer Sicht für die Herstellung der deutschen Einheit von ausschlaggebender Bedeutung: Zum einen müsse die Bindung Amerikas an Westeuropa gewahrt werden; zweitens gehe es darum, die Dynamik der westeuropäischen Integration zu erhalten und zu verstärken. Die Regierung Bush hat nie einen Zweifel an ihrer Bereitschaft aufkommen lassen, die Herstellung der deutschen Einheit im europäischen Rahmen uneingeschränkt zu unterstützen²¹⁾). Als Anfang 1990 der Drang zur deutsch-deutschen Einigung immer stärker wurde, erarbeitete Washington in enger Abstimmung mit Bonn eine Formel, die dazu beitragen sollte, den Einigungsprozeß international abzusichern. Es handelt sich dabei um die im Februar 1990 verabredeten Zwei-plus-Vier-Gespräche, die die Beratungen zwischen den beiden deutschen Staaten und den einstigen Siegermächten des Zweiten Weltkrieges über die außen- und sicherheitspolitischen Aspekte der deutschen Vereinigung betrafen. Für die drei Westmächte lautete die politische Gleichung: Zwei plus vier gleich eins. Ein vereintes Deutschland sollte die volle Souveränität über sein gesamtes Staatsgebiet ohne jede Einschränkung erhalten, d. h. als Ergebnis der Zwei-plus-Vier-Gespräche wurden die Sonderrechte und die Verantwortung der Alliierten für Berlin und Deutschland als Ganzes aufgehoben²²⁾).

Formell ging es um die Rückgabe dieser Rechte, bis alle innen- und sicherheitspolitischen Modalitäten der Einheit geklärt waren. Im Zwei-plus-Vier-Rahmen mußten neben einer Regelung der polnischen Grenzfrage vor allem die Rahmenbedingungen für den außen- und sicherheitspolitischen Status des vereinten Deutschland ausgehandelt werden. Die NATO-Partner und die beiden deutschen Regierungen vertraten die Auffassung, daß ein vereintes Deutschland der westlichen Allianz angehören müsse. Als Bündnikonsens galt die Vorstellung, die bisherige militärische Integration der Bundesrepublik müsse beibehalten werden, das Gebiet der DDR solle aber von der Atlantischen Allianz nicht genutzt und auch nicht in die NATO-Verteidigung einbezogen werden. Für eine nicht näher definierte Übergangszeit wird der UdSSR zugestanden, wei-

terhin Truppen auf dem Territorium der DDR zu stationieren. Bis Mitte 1990 hatten drei Problembereiche die außen- und sicherheitspolitische Absicherung des deutschen Einigungsprozesses noch behindert: die Grenz- und Bündnisfrage sowie die Frage der künftigen deutschen Truppenstärke. Alle drei Hindernisse wurden beim Treffen Helmut Kohls mit Michail Gorbatschow Mitte Juli 1990 im Kaukasus beseitigt. Die Gespräche des Bundeskanzlers mit dem sowjetischen Staatspräsidenten brachten Klarheit in folgenden entscheidenden Sachfragen:

– Deutschlands Einigung vollziehe sich ohne einen Rest von Gebietsansprüchen. Die Bundesrepublik, Berlin und die bisherige DDR würden das künftige Staatsgebiet Deutschlands bilden.

– Die Herstellung der Einheit und Souveränität für die Deutschen gingen Hand in Hand.

– Das vereinte Deutschland entscheide demzufolge frei über seine Bündniszugehörigkeit²³⁾).

Die Sowjetunion ist bereit, ihre Truppen aus dem Gebiet der heutigen DDR innerhalb von drei bis vier Jahren vollständig abziehen und akzeptiert die NATO-Mitgliedschaft eines souveränen Deutschland. Die Zugeständnisse der UdSSR bedeuteten daher auch, daß die besonderen Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte mit der Herstellung der deutschen Einheit definitiv erloschen. Die Gewährung der vollen Souveränität ist aber mit politischen Auflagen verknüpft. Das vereinte Deutschland verpflichtete sich, einen Grenzanerkennungsvertrag mit Polen abzuschließen und seine Streitkräfte im Rahmen der Wiener Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa um über 200 000 auf 370 000 Mann zu verringern. Zudem bekräftigte es den in Bonn schon früher beschlossenen Verzicht auf ABC-Waffen und die Verpflichtung zur Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen. Es handelt sich dabei um Punkte, die ein geeintes Deutschland nicht schmerzen, die aber auf Moskau, Paris, London und andere europäische Staaten beruhigende Wirkung haben. Gerade die Einbettung des deutschen Einigungsprozesses in europäische Institutionen wirkt konsensstiftend und sichert dessen vergleichsweise reibungslosen Ablauf. Ohne Einbindung dieses Vorgangs in das europäische Rahmenwerk hätte die sowjetische Führung das osteuropäische Vorfeld einschließlich der DDR nicht freigegeben und Deutschland kaum in die Souveränität entlassen.

In der Sache selbst kam die Vereinigung Deutschlands allerdings nicht zu Moskauer Bedingungen.

²¹⁾ Vgl. Amerika Dienst vom 4. April 1990.

²²⁾ Vgl. die Äußerungen Präsident Bushs und Staatspräsident Mitterrands anlässlich ihres Gipfeltreffens in Key Largo (Florida), in: Süddeutsche Zeitung vom 21./22. April 1990.

²³⁾ Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 22./23. Juli 1990.

zustande. Sie entsprach weitgehend den amerikanischen Vorstellungen. Gorbatschow hat mit seiner Verzögerungstaktik außenpolitisch wenig bis nichts erreicht. Die vom sowjetischen Außenminister Schewardnadse lancierte Idee eines internationalen Referendums über die deutsche Einigung erhielt keine Unterstützung. Gorbatschows Vorschlag einer Doppelmitgliedschaft Deutschlands in NATO und Warschauer Pakt blieb ohne Echo. Ferner traf nicht ein, was Gorbatschow dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand prophezeit haben soll, daß nämlich am Tag der Ankündigung einer deutschen Vereinigung ein General auf dem Präsidentenstuhl im Kreml Platz nähme. Dafür hat die sowjetische Führung finanzielle Hilfs- und wirtschaftliche Kooperationszusagen zur Abstützung ihres

wirtschaftlichen Reformkurses erreicht. Es leuchtet ein, daß die Vereinigung Deutschlands und seine Souveränität nicht ohne Konzessionen und Wirtschaftshilfe zu haben waren. Für die westlichen Partner Deutschlands ist das politische Zugeständnis Moskaus ebenso wie für Deutschland jedoch unvergleichlich bedeutsamer als der von Bonn entrichtete materielle Preis²⁴⁾. Die volle Eingliederung Gesamtdeutschlands in das westliche Verteidigungsbündnis erhöht die Chance, die sicherheitspolitische Stabilität im Zentrum Europas zu festigen. Die Gefahren, die sich aus der Unberechenbarkeit einer politisch ungebundenen deutschen Macht ergäben, die in geographischer Mittellage zwischen Ost und West schwankt, werden dadurch wesentlich vermindert.

IV. Fazit

Mit den politischen Wandlungsprozessen in Mittel- und Osteuropa wächst die Bedeutung der NATO für den Aufbau einer neuen europäischen Sicherheitsstruktur. Als westliches Konsultations-, Koordinierungs- und Steuerungsinstrument kann die Atlantische Allianz eine maßgebliche und treibende Kraft bei der Organisation gemeinsamer Sicherheit in Europa sein. Überdies wird sie diese Rolle spielen müssen, will sie nicht den Verlust der öffentlichen Unterstützung vor allem in der Bundesrepublik riskieren. Neben der NATO wird in den Vereinigten Staaten die Europäische Gemeinschaft als zweiter Einbettungsrahmen für ein vereintes Deutschland angesehen. Das Bekenntnis der EG zu beiden Zielen, deutsche Einheit sowie westeuropäische Wirtschafts-, Währungs- und Politische Union, wurde sowohl in der amerikanischen Öffentlichkeit als auch in Regierungskreisen mit Befriedigung aufgenommen.

Die EG wird als ökonomisch und politisch attraktiver Partner der Reformstaaten Mittel- und Osteuropas eingestuft. Die besondere Berufung der EG, des Europarates und anderer europäischer Organisationen liegt in der Förderung marktwirtschaftlicher Strukturen und pluralistischer Demokratie in Osteuropa. Vertragliche Regelungen, wie sie mit den EFTA-Staaten zur Bildung des europäischen Wirtschaftsraumes getroffen wurden, können nach amerikanischen Vorstellungen auch für die Verbindungen zu den mittel- und osteuropäischen Staaten geeignete Muster abgeben. Ein Zielkonflikt zwischen der westeuropäischen Integration und der Ausdehnung der Zusammenarbeit mit Osteuropa

ist nicht gegeben; im Gegenteil, die Anziehungskraft der Gemeinschaft entsteht gerade aus der Vitalität des europäischen Einigungsprozesses. Die Vereinigten Staaten sind auch aus diesem Grund daran interessiert, das bereits jetzt schon enge Beziehungsgeflecht mit einem dynamischen Westeuropa zielstrebig auszubauen.

Schließlich wird auch der KSZE von der amerikanischen Regierung eine Schlüsselrolle bei der Errichtung eines neuen europäischen Sicherheitsgebäudes zugedacht. Nachdem dieses Forum bisher schon einen beachtlichen Anteil an der Entstehung der Reformprozesse in Osteuropa hatte, soll es nun nach übereinstimmender Ansicht aller NATO-Partner in all seinen Dimensionen ausgeweitet werden. Noch bleibt allerdings offen, welche arbeitsmäßige Verdichtung bzw. institutionelle Ausgestaltung dieser Prozeß erhalten soll. Aus der Sicht der USA besteht die neue Rolle der KSZE auch darin, zusätzlich zur NATO eine weitere Legitimationsgrundlage für die amerikanische Präsenz in Europa aufzubauen. Das gemeinsame Merkmal der NATO, EG und KSZE wird darin sichtbar, daß sie nicht nur flexibel und anpassungsfähig auf sich rasch verändernde Umstände reagieren, sondern auch militärischen, wirtschaftlichen und politischen Wandel in Europa mitgestalten können. Durch ihre Modernisierung wird nach amerikanischer Auffassung ein neues Europa geschaffen, das gleichzeitig auf der Basis eines neuen Atlantizismus entsteht. Die amerikanische Initiative für einen neuen Atlantizismus ist von der Sorge geprägt, durch die weiteren Entwicklungen in Europa an Einfluß zu verlieren. In dieser Hinsicht ist die Rivalität mit der Sowjetunion ungebrochen. Washington erwartet zwar

²⁴⁾ Vgl. ebd.

nicht wie derzeit Moskau, als Militärmacht aus den Territorien der verbündeten Staaten hinausgedrängt zu werden, schon deshalb nicht, weil auch die osteuropäischen Regierungen eine fortdauernde Präsenz der USA in Europa wünschen. Auf keinen Fall möchten die Vereinigten Staaten schlechter gestellt sein als die UdSSR, die trotz allen Einflußverlustes eine Großmacht auf dem Kontinent bleiben wird.

Aus dieser Konkurrenzsituation erwächst auch das amerikanische Bemühen, der Vision Gorbatschows vom „gemeinsamen europäischen Haus“ einen eigenen Bauplan entgegenzusetzen, wie er von Außenminister Baker in seiner Berliner Rede im Dezember 1989 entworfen wurde. Washington muß sich darauf einstellen, daß die Europäische Gemeinschaft zunehmend eigenständige Beziehungen zur Sowjetunion entwickelt. Im gesamteuropäischen Kontext geht es den Vereinigten Staaten darum, daß die transatlantischen Verbindungen nicht vernachlässigt werden, wenn es zur Aufwertung und Institutionalisierung der KSZE und anderer Ost-West-Gremien kommt²⁵). Ferner sind formellere transatlantische Beziehungen auch ein Mittel, den bisherigen amerikanischen Einfluß auf westeuropäische Ostpolitik aufrechtzuerhalten. Je

²⁵) Vgl. dazu Reinhard Rummel/Jürgen Nötzold, Auf dem Wege zu einer gesamteuropäischen Ordnung, in: dies. (Hrsg.), Europa im Wandel: Entwicklungstendenzen nach der Ära des Ost-West-Konflikts, Baden-Baden 1990, S. 270.

weiter nämlich die Reformprozesse in den osteuropäischen Staaten fortschreiten und je stärker die militärische Bedrohung durch die Sowjetunion abnimmt, desto geringer wird auch die Abhängigkeit Westeuropas von den USA als militärischer Schutzmacht.

Als Ausgleich für die verminderte sicherheitspolitische Rolle der Vereinigten Staaten soll die Präsenz der USA in Europa im wirtschaftlichen und politischen Bereich bzw. die Zusammenarbeit mit Europa ausgebaut werden. Zum einen gilt die NATO als wichtigste Verbindungsstelle zwischen Nordamerika und Westeuropa. Deshalb soll die Allianz mit einer Reihe neuer Aufgaben betraut werden, die von der Förderung des Umweltschutzes bis zur Eindämmung von Waffenexporten in weltpolitische Krisenherde sowie der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und des weltweiten Drogenhandels reichen. Gemeinsam mit anderen multinationalen westlichen Institutionen könne die NATO – so die bündnisinternen Überlegungen – konzeptionelle Anstöße liefern und zur Koordinierung westlicher Politik in diesen für die neunziger Jahre wichtigen Fragen beitragen. Zum zweiten wird in Washington an vertraglich geregelte Konsultationen mit der EG in all jenen Bereichen gedacht, die gemeinsame Antworten erfordern – von der Außen-, Währungs-, Entwicklungs- und Handelspolitik bis zur Wissenschaftspolitik. Drittens sind die USA, selbst im unwahrscheinlichen Fall eines Zerfalls der NATO, über ihre mitgestaltende Rolle in der KSZE an den Vorgängen in Europa beteiligt.

Jürgen Gebhardt: Amerikanismus – Politische Kultur und Zivilreligion in den USA

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49/90, S. 3–18

Die eigentümlichen Strukturmerkmale der politischen Kultur der USA verdanken sich dem durch mannigfache geschichtliche Traditionen angereicherten Paradigma einer bis zum heutigen Tage wirksamen republikanischen Lebensordnung, welches jenseits der sozialen Differenzierung und Fragmentarisierung der Gesellschaft deren kollektive Identität verbürgt. Dieses republikanische Ordnungsparadigma ist eingebettet in eine umfassende Selbstdeutung der amerikanischen geschichtlich-sozialen Existenz. Hierfür hat sich die Wortprägung *Amerikanismus* eingebürgert. Dessen ideenpolitischer Kernbestand, auch als *Amerikanisches Credo* beschrieben, bezieht sich auf die in der revolutionären Gründung der amerikanischen Republik formulierten und institutionalisierten Grundprinzipien. Insofern die Leitideen des *Amerikanismus* auf das soziale und politische Zusammenleben hin angelegt sind, ist er *politisch*, insofern die durch die Gründungsväter der Republik vermittelten Ordnungsgehalte in dogmatische Glaubenssätze mit metaphysischem Geltungsanspruch transformiert wurden, ist der Amerikanismus *religiöser* Natur. Aus der Tatsache, daß die Gründung der amerikanischen Republik gleichsam heilsgeschichtlich gedeutet wurde und hierdurch eine metaphysische Begründung erfuhr, wächst dem *Amerikanismus* der Charakter einer *Zivilreligion* zu.

Die Kongruenz von geschichtlicher Gründung und metaphysischer Begründung sicherte dem *Amerikanismus* über jeden sozialen Strukturwandel hinweg seine ideelle Kontinuität, denn das Ordnungsparadigma der Väter fungiert als das unbestrittene relative Prinzip der Krisenbewältigung, wie insbesondere die großen Reformprogramme des 20. Jahrhunderts beweisen. Es bestimmt in gleicher Weise als formgebendes Prinzip die Produktionsverhältnisse, die Sozialorganisation wie auch die Macht- und Herrschaftsbeziehungen in den USA. Der im *Amerikanismus* angelegte Widerspruch zwischen einem traditionsgeleiteten bürgerzentrierten Ethos und der durch Konzernkapitalismus und staatliche Bürokratien bestimmten gesellschaftlichen Realität prägt die Zyklen der Politik in der amerikanischen politischen Kultur, in denen strukturkonservative Anpassung und wertkonservative Reform einander ablösen.

Barbara A. Fliess: Zur Weltwirtschaftsstellung der USA

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49/90, S. 19–27

Nach einer achtjährigen Wachstumsphase ist die Wirtschaftskraft der USA erschöpft. Unterdessen machen die relativen Positionsverschiebungen im Kräfteverhältnis der Wirtschaftskonkurrenten USA, Europa und Japan eine strukturelle Verminderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft und deren Abhängigkeit von den Kapitalmärkten als Finanzierungsquelle ihres Wachstums deutlich.

Angesichts der Höhe ihres Leistungsbilanzdefizits, des Aufholens Japans im Technologiebereich und vor allem der sich in der externen Verschuldung manifestierenden Finanzierungslücke des Haushalts stellt sich für die USA heute die Frage, ob sie notwendige wirtschaftspolitische Anpassungen leisten und einen Wohlstandsverlust vermeiden können.

Im Vergleich dazu haben Japan und Europa mit dem Aufbau von Überschüssen im Außenhandel, starken Gläubigerpositionen und ihren Wachstumsleistungen, ihren wirtschaftspolitischen und politischen Handlungsspielraum ausbauen können. Sie sind in der günstigen Lage, sich vor den Auswirkungen einer Rezession in den USA schützen zu können.

Charles Weston: Die USA und der politische Wandel in Europa

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49/90, S. 28–36

Die weltwirtschaftlichen und politischen Strukturveränderungen der vergangenen Jahre haben die Vereinigten Staaten zu einer Neuorientierung und damit zu einer neuen Rollendefinition — insbesondere im Ost-West-Verhältnis — gezwungen. Hinzu kommen seit Ende der achtziger Jahre grundlegende, zum Teil miteinander verknüpfte Wandlungsprozesse, die das Ost-West-Beziehungsmuster verändern: die wirtschaftliche und politische Strukturreform in der Sowjetunion, die demokratischen Reformprozesse in den kleineren Staaten Mittel- und Osteuropas, der Integrationsprozeß innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Die Parallelität und kumulative Wirkung dieser Wandlungsprozesse verändern die politische Struktur Europas und die Rolle der USA in diesem Europa.

Gegenwärtig wird die weltpolitische Führungsrolle der USA im Weißen Haus, im Kongreß und von außenpolitischen Experten neu eingeschätzt. Man betrachtet es als notwendig, einen gleichberechtigten und kooperativen Umgangsstil mit den Staaten Westeuropas zu pflegen. Vor diesem Hintergrund wird die Charakterisierung der EG und der Bundesrepublik als „Partner in der Führung“ verständlich. Dieser partnerschaftlichere Stil findet in Washington breite Unterstützung und kann als außenpolitische Entsprechung zum innenpolitischen, auf Kompromiß und Ausgleich bedachten Umgang mit dem von Demokraten bestimmten Kongreß gedeutet werden. Während dieser Stil nach den ideologischen Kontroversen der Reagan-Ära zwar innenpolitisch beruhigend wirkt und für hohe Akzeptanzwerte sorgt, ist er allerdings auch wenig spektakulär und neigt nicht zu konzeptionell-gestalterischen Innovationsschüben.